

Die „Volkswoche“  
erscheint wöchentlich 4 Mal  
Speditionskosten 10 Pf.  
und durch Postvertriebe zu bezahlen.  
Preis vierzählig 10 Pf. 25 Pf.  
Durch die Post bezogen 10 Pf. 25 Pf.  
frei ins Ausland 10 Pf. 25 Pf.  
zu keinem Zeitpunkt 10 Pf. 25 Pf.

# Volkswoche

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterredung 10 Pf.  
Schriften für die Volkswoche  
Gesellschaften über deren Kosten  
10 Pf. Wochenschriften  
12 Reichstags-, Stadtrats- und  
Verhandlungsauslagen  
15 Pfennige  
Karte 10 Pf. 25 Pf.  
Schriften für die nächste Nummer  
wollen bis Veröffentlichung 10 Pf. in der  
Spedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 203.

Sonnabend, den 31. August 1907.

18. Jahrgang.

## Is die Erhaltung des preußischen Dreiklassenwahlrechts möglich?

Zu dieser Frage nimmt eine vielverbreitete Partei-correspondenz, die sich um die Wiederaufnahme der Agitation für die Landtagswahlreform große Verdienste erworben hat, in folgendem Artikel Stellung, der die letzten Wandlungen in der Stellungnahme der Parteien und der Regierung übersichtlich registriert und deshalb in der deutschen Parteipresse viel Verbreitung gefunden hat:

Noch vor wenigen Wochen schien es im höchsten Grade wahrscheinlich, daß die preußische Regierung in der kommenden Session des Landtages ihre Ablehnung des Dreiklassenwahlrechts vollziehen würde mit dem Programm einer Wahlreform vor die Deutschnationalität treten werde. Erst kürzlich konserватive Blätter zu wissen, daß dieser Plan, der faktisch bestand und so wie er bestand in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden war, wieder fallen gelassen worden sei. Die Regierung, genauer gesprochen Fürst Bismarck, soll seine ursprüngliche Absicht aufgegeben haben, weil er fürchtet, mit den Freisinnigen nicht handelseinig werden zu können und den Block, der durch die Reform gefestigt werden sollte, erst recht zu gefährden. Wir wissen nicht, ob diese Nachricht richtig ist, sie kann aber sehr wohl richtig sein; denn es ist nicht nur möglich, sondern geradezu wahrscheinlich, daß die im Grunde ängstliche und trüge, von aller Größe und Kraft abgrundweit entfernte Natur des gegenwärtigen Reichs- und Staatslenkers vor den Schwierigkeiten und Gefahren einer preußischen Wahlrechtsreform zurückweicht. So herhaft auch Fürst Bismarck den vermeintlichen Prinzipien des Zukunftstaates zu Leibe gehen kann, so wenig sieht er es, sich mit den großen, grundsätzlichen brennenden Fragen des Gegenwartstaates zu beschäftigen; sondern hier hält er es am liebsten mit der Politik des Fortwurzelns und Fortfretterns, die umso lebhafter an allerhand Möglichkeiten denkt, je entschlechter ihre Wirkung ist, es womöglich beim Bestehenden bewegen zu lassen.

Aber in Staaten vom Range des preußischen gäbe es überhaupt keinen Fortschritt, wenn dieser einzig vom guten Willen und den schönen Gedanken der Regierung abhängig wäre. Immer ist es hier die Macht innerer oder äußerer Verhältnisse gewesen, die den Herrschenden gegen ihren ursprünglichen Willen Reformen abzutragen. Auch die Wahlreform, d. h. eine Reform, die auf den Namen einer solchen Anspruch machen kann, wird nicht als Göttergeschenk von oben kommen, und so kommt es weniger darauf an, ob Fürst Bismarck das Dreiklassenwahlrecht fallen lassen oder aufrecht erhalten will, als darauf, ob die bestehenden allgemein-politischen Verhältnisse dem Dreiklassenwahlrecht noch ein längeres Leben ermöglichen oder ob sie nicht für dieses bereits den Stein des Anstoßes in sich enthalten.

So kann Wollen oder Nichtwollen der gegenwärtig im Amte befindlichen preußischen Regierung nichts mehr an der

Tatsache ändern, daß das preußische Abgeordnetenhaus selber die Grundlage seiner Berechtigung aufgegeben und sich des trügerischen Scheins einer Volksvertretung notgedrungen entzweit hat. Von allen Parteien des preußischen Parlaments wagen es nur noch die Konservativen, sich zum Dreiklassenwahlrecht zu bekennen, alle anderen Parteien, d. h. die überwältigende Mehrheit des Hauses ist einig in der ausgesprochenen Überzeugung, daß das Dreiklassenwahlrecht vor den Massen nicht mehr zu verteidigen sei. Freisinnige, Zentrum, Liberalen haben sich für das Reichstagswahlrecht, Nationalliberale und neuerdings auch Freikonservative unter Ablehnung des Reichstagswahlrechts für die Befestigung des bestehenden Klassensystems ausgesprochen.

Als die Bethmann-Hollwegsche Wahlreform im Mai vorigen Jahres, zur Kommissionsberatung im Herrenhaus aufgestellt, stellte sich heraus, daß das Dreiklassenwahlrecht nicht einmal hier Verteidiger finde. Ein Mitglied der Kommission (der Bericht verschweigt seinen Namen) beklagte, daß die Staatsregierung sich nicht zu einer weitergehenden Reform des preußischen Wahlrechts entschlossen habe. Kein plutokratische Wahlsystem hätte zuletzt immer zu Katastrophen geführt. Verschiebe man die Reform immer wieder, so werde man schnerzt viel größere und wahrscheinlich gefährlichere Konzessionen machen müssen. Ein anderer Redner führte aus, es sei zu beklagen, daß die Regierung an eine ernsthafte Reform nicht denke. Denn es sei gewiß, daß niemand da sei, der das heutige preußische Wahlrecht als ein gerechtes und zweckmäßiges anerkennen würde. Bei den Verhandlungen des Plenums am 25. Mai 1906 nannte Professor Loenig das bestehende Wahlrecht unvoraubar und ungerecht: unwahr, weil es 85 Prozent der Bevölkerung ein Wahlrecht gebe, das doch keines sei, ungerecht, weil es von allen Leistungen für den Staat nur die direkte Steuerleistung als Maßstab der Berechtigung anerkenne. Möge man doch, so rief er aus, dann schon lieber gleich erklären, daß 85 Prozent der Bevölkerung rechtmäßig seien, dann würde ein solches Wahlrecht wenigstens den Vorzug der Zustimmigkeit besitzen. Man müsse reformieren, so lange das Land noch ruhig sei, sonst könnten leicht Zeiten wie jene von 1848 wiederkehren, und man werde dann das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht im Sturm schrift der Revolution durchführen müssen. Für eine Politik der Konzessionen würde es aber alsdann zu spät sein. Die Jungen wußten darauf nichts zu erwarten, als ihr übliches Geschimpfe auf die Sozialdemokratie und das gleiche Recht. Die Regierung aber wußte auf so furchtbare Angriffe nichts zu erwidern! Sie schwiegt!

So standen die Dinge im Mai 1906, so stehen sie noch heute. Der preußische Landtag ist geständig, daß das allgemeine Recht, auf dem seine zweite Kammer beruht, Unrecht und Willkür ist. Es hat nicht den Mut und nicht die Fähigkeit, die Grundlage seines Daseins vor dem Richtersuhl der Vernunft, des Gewissens, der Gerechtigkeit zu ver-

teidigen, er hat aber ebenso wenig den Mut und die Fähigkeit, diese Grundlage zu verlassen, weil er fürchtet, daß jedes Schritt von ihr weg ihn ins Halt- und Bodenlose führen müßte. Die Jungen wissen nur noch das eine, daß sie um jeden Preis ihre Herrschaft aufrechterhalten wollen und sie denken ganz mit ihrem Standesgenossen v. Tietzmann-Schellem: „Ob Recht oder Unrecht, ist hier vollkommen gleichgültig.“ Die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts bedeutet unter solchen Umständen weiter nichts als eine neue Proklamierung des mittelalterlichen Haustrechts.

Das preußische Abgeordnetenhaus aber ist gebildet aus Parteien, die nicht engagieren können ohne die Hilfe der Bevölkerung, und die preußische Regierung, so absolutistisch sie sich auch gebärden mag, kann nicht existieren ohne die Unterstützung der Parteien. Sie kann mit dem Haustrecht nicht existieren, wenn sie nicht gewillt ist, die leichten Konsequenzen zu ziehen, die heißen: Staatsstreich, Verfassungsbuch, Standrecht, Militärdiktatur. Und die bürgerlichen Parteien können unter dem Druck einer fortwährenden Wahlrechtsbewegung nicht immer eine Regierung unterstützen, deren Programm darin besteht, ein logisch und moralisch bereitgegebenes Grundgesetz des Staates durch Gewalt aufrecht zu erhalten.

An jedem Tag, den der preußische Staat das Dreiklassenwahlrecht bestehen läßt, zieht er vom Kapital seines Unbehagens, seiner Ordnung, seiner inneren Festigkeit. Die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts mag vielleicht noch für ein paar Jahre möglich sein; wenn aber die Sozialdemokratie diese Jahre richtig zu nutzen versteht, so wird ihr die vorläufige Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts vorüber sein als dessen sofortige Beseitigung. Denn das Dreiklassenwahlrecht hat durch die Geistesherrschaft seiner Nutznießer seine staatsverhindernde Kraft verloren, es wirkt auf den preußischen Staatsbürgern nur noch als ein Ferment der Zersetzung, das uns künftige Arbeit erleichtert. Für das, was wir zunächst von Preußen fordern, spricht Vernunft und Gerechtigkeit, das Beispiel der zivilisierten Staaten, der weit überwiegende Weltanschauung des preußischen Volkes selbst. Mit solchen Bundesgenossen dürfen die preußischen Arbeiter wohl alle ihre Kraft einsetzen in der Überzeugung, daß in nicht langer Zeit der Sieg ihnen gehören wird. Als Großerter des gleichen Rechts sind die Oesterreicher in Stuttgart erschienen — mit leeren Händen mögen nicht die Preußen nach Kopenhagen gehen!

In diese Fanfare stimmt das „Hamburger Echo“ fröhlig ein:

Der Landesparteitag der Sozialdemokratie in Preußen wird sich weiter eingehend mit der Wahlrechtsfrage befassen. Damit ist das Signal zu einem Kampf gegeben, der die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf lange Zeit hin aus beschäftigen und der nicht enden wird, bis endlich die unheilvolle Erbschaft, die dem preußischen Volke die Marilla Friedrich Wilhelms IV. hinterlassen, das Dreiklassenwahlsystem, aus der Welt geschafft und durch das allge-

meine von oben das berühmte Bartholomäusmotto: „Es ist erreicht“ anzurufen schlänen. Als wir uns anblickten, sahst uns die gleiche Verblüffung, wie sie ungefähr zwei Menschen zeigen, die sich schon gesehen zu haben glauben, ohne sich zu kennen. Seine Verblüffung mußte aber unbedingt stärker sein, denn er rutschte so eilig seitwärts aus, daß er beinahe die Stuhllehne verfehlte. Jedermann hatte er noch die Griffesgegenwart, leicht den Hut zu rütteln, was ich nicht als eine Entschuldigung für das Streifen meines Armes aufsah.

Auch ich berührte die Kremppe meines Zylinderhutes, sandte ihm aber unwillkürlich einen Blick nach, und er, schon an der Haustür, tat dasselbe, wie mir schien nun stark verdutzt. Ich dachte darüber nach, wo ich diesen patenten Kasten schon gesehen haben könnte, kam aber bald darüber hinweg. In einer Stadt wie Berlin starren sich Menschen so oft an, daß die sogenannten Gesichtslandschaften nach Hunderten zählen.

Dennoch die Sprechstunden bei Doktor Klugel noch nicht vorüber waren (junge Herzte pflegen manchmal den ganzen Vormittag dazu zu verbringen), war er doch nicht zu Hause. Er setzte ganz plötzlich wegzerufen worden, sagte mir nach meinem Klingeln die dide, starr nach Bett reichende Frau, die ich für seine Mutter oder Haushälterin hielt. Es sei soeben „Schön“ ein Herr dagekommen. Wahrscheinlich also der, dem ich begegnet war. Ich empfahl mich, ohne meine Namen genannt noch meine Karte baggern zu haben.

Um späten Nachmittag hatte ich nicht Glück. Die alte, die einmal eine blaue Lachsfarbe vorgebunden hatte, was ihr das Ansehen einer Housplatte gab, lag mich in den Werkstaaten einzutreten. Es lag mir an einer gewissen Übertreibung, um erst läufig Umschau zu halten.

Mit dem „Saal“ hatte ich nicht zu viel gefragt, denn der schmale Raum zog sich am drei Fenstern vorüber, deren Größe mir etwas zwecklos erschien. Dann aber sah ich, daß man ein großes Zimmer durch eine Tapetenwand geteilt hatte, die an der Decke mitten durch die Tapete führte. Vielleicht war das hinter eine Dunkelkammer, ein Alloben oder sonst irgend etwas.

Ich zerbroch mir nicht weiter den Kopf darüber, denn die alte Stille, in mit abgegrauter Genauigkeit vor der langen Wand aufgestanzt waren, interessierten mich besonders. Sie sahen neu wie aus dem Laden aus und zeigten noch ihre glänzende Politur. Ich stellte mir vor, wie schön eine Inschrift über ihnen an der Wand sich ausnehmen würde, auf welche zu lesen wäre: „Kommet herein, ihr alle, denen etwas fehlt, und nehmet sofort Platz.“

Gleicher der Stille waren leer, auf dem großen hölzerne ein Arbeiter, der mit seinen eingefallenen Wangen dünner als ein Kind. Er saß nach vorn und trug die linke Hand in einer schwarzen Bluse. Den alten Hut hatte er neben sich auf den Boden gestellt. Für seine Begriffe hatte wohl dieser langhaarige Raum etwas Feines und Geistiges.

Alles sah noch frisch aus. Selbst die ausgelegten Bücher und Zeitschriften auf dem runden Tische, die den Wartenden die Zeit vertreiben sollten, hatten noch etwas Unangefochtenes. Die Fingerstiele sahnen, die für den regen Besuch bei einem Arzt sprechen. Ich batte Muße, darin zu blättern. Ein Band illustrierte Unterhaltung. Eldendorffs Geschichte, die Götterwelt der Germanen, das Leben Jesu von Renau (Vollausgabe), ein Richard Wagner-Album und ein „Ritter“ mit Menschen umzugehen.“ Eine merkwürdige Beschluß fasste ich. Vermischlich der „Ritter“ erschien mir wie ein guter Witz, — am besten angetragen bei einem Arzte. An der Wand hing ein großer Stahlstiel, die Ausrüstung der Tochter Sari, standet von zwei kleinen Postamenten, auf denen die Gipsfiguren von Glaube und Hoffnung standen. Alles das ja den nicht ohne Absicht angebracht zu sein. Es sollte die Leidenden erheben und trösten, ihre Gedanken während der Wartezelt auf bestimmte Dinge lenken.

Als Patient saß ich mir das, und ich dachte unwillkürlich an meines Vaters Haus, wo eine herartige Ausstellung zum täglichen Brot gehörte. Dabei ärgerte ich mich ein wenig, in meinem Wartezimmer daher nicht ähnliche Wahrzeichen verteilt zu haben. Und sofort nahm ich mir vor, das halbe Dutzend Jagdbilder, die noch aus Sonntagszeit Seiten dort hingen, durch andere aus dessen Nachlass zu ersetzen. Auf dem Boden mußte noch eine ganze Stille voll stehen.

Sch dachte noch darüber nach, als draußen die Klingel wieder ging, und die Türhüterin den Herrn einschickte, denn ich heute Mittag auf der Treppe begegnet war. Ohne Hut und Stock wegzulegen, setzte er sich. Mein Anblick schien ihm abermals stark zu verhindern. Er nahm eines der Bilder vom Tisch und blätterte darin, dann legte er es, ebenso schnell wieder fort. Am Fenster stehen, konnte ich ihn beobachten. Er hatte glänzend braunes Haar, das in derhitze geschwitzt war, und etwas Rauch an den Ohren lag. Dies Haar fand ich besonders schön. Auch sein Auge hatte etwas Feuriges, inzwischen mit der Alte zu leicht erschienen. Jedenfalls war sein Gesicht in diesem Augenblick sehr blaß, sodass ich ihn nicht für ganz gesund hielte.

Sch wollte schon ein Gespräch mit ihm anstrengen, um meine Neugier zu befriedigen, als er sich neudeutsch ergab, die Kapselfeiner goldenen Uhr springen ließ und mit dem Rhythmus eines Menschen hinc und hanc, der noch einmal wiederholte, gebraucht. Er hatte den Wort gesprochen, weder guten noch bösen gefaßt, sondern beim Eintreten war richtig gemacht. Draußen klappete etwas hinter die Tür. (Fortsetzung folgt.)

## Die Sphinx in Grauer.

Roman von Margarete.

28)

Machdruck verboten.)  
Ich wußte nicht, ob ich gelacht hätte; vielleicht hätte ich nur gelächelt. Denn seine Rede war mir sehr schön vorgekommen, so daß ich mich beinahe gerührt hätte. Ich hätte ihm alle die Einwendungen machen können, die nötig gewesen wären, um seine ganze schöne Theorie von meinem Bewußtsein oder Nichtbewußtsein gehörig zu durchlöchern, aber ich unterließ es. Ich wollte ihm seinen Autoritätsglauben nicht nehmen und ihn nicht mit dem Gefühl scheiden lassen, gutes gewollt, aber nichts vollbracht zu haben.

„Ich danke Ihnen, daß Sie mir so freundschaftlich die Augen geöffnet haben,“ sagte ich daher, indem ich das Doppelmännige der Worte für mich behielt: „Je mehr ich darüber nachdenke, desto unglücklicher komme ich mir vor.“

„Na also. Sie sehen, was Suggestion macht...“ Ausbeuteten müssen wir die Sache aber noch. Sie müssen was darüber schreiben. Leben Sie wohl, auf Wiedersehen. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin.“

Er hatte schon Hut und Stock genommen, und wir schüttelten uns kräftig die Hände.

Bevor er ging, kam er noch auf etwas: „Den schönen Anblick soll ich Ihnen doch nehmen. Das habe ich mir zum Andenken auf ein die heutige Stur. Das Rätsel ist gelöst.“ Damit riss er das Bild Flor von der Sphinx und ließ es in der Tasche seines Jacken verstecken. „Die Sphinx bleibt zurück zu Ihrem Privatvergnügen, sie ist mir auch zu süss.“

Damit eilte er lachend hinaus.

XV.

In meiner Verirrung hatte ich Schopp abreisen lassen, ohne ihn nach einem Vertreter für mich zu fragen. Und so mußte ich mich selbst auf die Suche machen. Der unglückliche Doktor Klugel fiel mir ein. Ich glaubte, ihm keine bessere Beistaltung meiner endgültigen Reiseleitung geben zu können, als wenn ich ihm meine Patientin übertrüfe. Ich erwog auch gar nicht lange. Die Erfahrung hatte mich gelehrt, daß anfangs verkannte Menschen sich später als Grüßen entpuppt hatten, oder doch wenigstens als brauchbare Menschen. Er wohnte ganz in der Nähe, und auch das koste mich.

Als ich die Treppe des Hochparterres hinaufstieg, kam mir ein eleganter, mäßig gekleideter junger Herr entgegen, dessen ganze Haltung und Hahn aufwärts gelehnt Schmutzbart. In

keine Stimme erkennt sein wird. Der Stein ist im Stollen und die Türen strengen sich aus Verboten zu halten. Es wird die Zeit kommen, da es über sie hinweggeht.

Die Kündigung des Parteivorsitzes wird eine Klärung der gesamten politischen Situation bewirken, die bisher von beiden Nebeln erschwert war. Über die Stellung der Sozialdemokraten zu den bürgerlichen Parteien sind die nötigen Klarstellungen schon gegeben worden. Wenn die bürgerlichen Oppositionsparteien mit der Sozialdemokratie für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen kämpfen wollen, so wird das der Sozialdemokratie willkommen sein. Wollen aber die Liberalen durch Mogaleten mit den Konservativen einstossen zu erreichen suchen, so werden sie allein bleiben.

Das deutsche Volk in seiner ungeheueren, überwältigenden Mehrheit muss und wird durchdringen werden von der Überzeugung, dass dies Dreiklassenwahlgesetz ein Unrecht für das gesamte Deutschland ist. Dieses zu bewirken wird die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Propaganda an diesem Feste sein. Der Sturmung, die daraus entsteht, kann keine Regierung widerstehen, wenn nur die Energie der Massen stets wahrgenommen wird.

## Politische Übersicht.

**Zwei ehrliche Stimmen über Stuttgart.** Gegenüber den Schmähungen und Spottreden, mit wenigen nobilitären Gegnern die Stuttgarter Tagung des Proletariats herabzuwürdigen suchen, seien hier zwei kurze Sätze aus den Kündigungen ehrlicher bürgerlicher Parteidräger wiedergegeben. Der nationalsoziale Redakteur Weinhäuser, der dem Königreich selbst bewohnte, berichtet über seine Einschätzung in der "Hilfe" folgendes:

"Ich habe den Verhandlungen des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart nur zwei Tage bewohnen können, den beiden ersten Verhandlungstagen des Plenums. Die Zeit war zu kurz, um alle Besonderheiten dieser internationalen Tagung reden zu hören, geschweige denn kennen lernen zu können. Sie war indessen lang genug, um einen nicht ganz ungewöhnlichen Kongressbesucher Einstellung und Gesinnung der Versammelten erfassen zu lassen.

Die Stimmung der Stuttgarter Internationalen Woche war natürlich sehr rosig. Die strahlenden Gesichter der zahlreichen mit roten Rosetten geschmückten Genossen, die einem in den Straßen Stuttgarts begegneten, die feierliche Unterhaltung in den Räumen der Kongress-Teilnehmer, und nicht zuletzt die Reben der Kongress-Teilnehmer: das alles sprach sowohl soziale Hoffnungssfreude und sächliches Behagen, doch man sah ein ganz hervorragendes Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sehr mühig, um nicht einzuhören angehoben zu werden. Anbetzen, ich habe schon so viele Kongresse besucht, dass ich ungefähr Sehnsucht und Wissenslust, Neugierde und wahres Wesen zu unterscheiden vermag und dem Stimmungsaufbau beratiger Tagungen nicht leicht unterliege. Trotzdem hat auch mir die Zille der den Kongress beobachtenden Teilnehmer und der Elan der Verhandlungen imponiert."

Doch bleibt der Eindruck solcher Einzelvorgänge vor der Gesamteinpräss des Kongresses: ein imponierendes, arbeitsameidendes, hoffnungsvolles, internationales Arbeiter-Parteiamt, das die Welt auf den Augen bedenkt, wenn es eine internationale Einheit und Gleichheit der sozialistischen Bewegungen und Willenskraft gäbe!"

Außerdem zweifelt Weinhausen, da er ja eben ein Gegner und kein Parteigenosse ist. Dass aber Stuttgart nicht nur äußerlich imposant verlief, sondern auch in seinen Beratungen für die Arbeiterschaft fruchtbares Zulage forderte, gibt der Beobachter der Liberalen "Frankf. Tag." zu. Nur eine Stelle sei seinen Betrachtungen entnommen:

"Die anderen Verhandlungsgegenstände: das Frauenwahlrecht, das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft, die Kolonialfrage und die Ein- und Auswanderung, aber, wie es deutlicher steht, die Konkurrenz von Arbeiterschaften von verschiedenem Alter Lebenshaltung hat der Kongress in Stuttgart und Sizien am gezeigt. Die Aussprache der Arbeiterdelegierten aus allen Zellen der Welt über diese sie alle so nahe angehenden Fragen werden gewiss gute Früchte tragen. Auch die gefassten Resolutionen braucht man nicht insgesamt als wertlos bei Seite zu stehen, einige von ihnen, besonders jene über die Aus- und Einwanderung von Arbeitern, werden sicherlich auf die Praxis in einer oder anderen Form Einfluss gewinnen. Erwähnenswert ist, dass der nordamerikanische Delegierte Hillquit, der noch in Amsterdam zwischen Ländern mit und ohne einer klassenbewussten Arbeiterschaft unterschieden wollte, und auch jetzt noch die chinesischen Staaten für die Organisation unsicherheit, sich durch seine europäischen Genossen dennoch überzeugen ließ, dass eine sozialdemokratische Partei kein Recht habe, Auswanderungsgebot gegen ausländische Arbeiter zu fordern.

Die Internationale selbst hat sich, nicht zuletzt durch die Tätigkeit ihres Sekretärs Camille Huysmans und ihres Präsidenten Vandervelde, seit den Tagen von Amsterdam in einem neuen Lichte gezeigt. Ebenso wie zwischen den europäischen Regierungen befindet sich heute zwischen den Führern der Fabrikparteien der verschiedenen Länder ein plaudiger Meinungsaustausch und eine stets zunehmende Einigung.

Nur um die abschaffenden und umsetzenden Zügel der sozialistischen Reichsverbandspreise auf ihren wahren Wert zurückzuführen, haben wir die beiden Stimmen verzeichnet. Die übrigen sprechen die Verhandlungen und Resolutionen des Kongresses selbst deutlich genug.

**Neue Nähe.** Wie die "Englische Rundschau" meldet, wird sich der deutsche Reichstag schon in seiner nächsten Tagung mit einer Anerkennung des Flottenbauplans der Regierung zu beschäftigen haben. Die nationalsoziale Partei wird, wie dasselbe Blatt weiß, in der Frage der Flottillemerziehung die Führung übernehmen. Es soll nicht nur das Alter der Einheiten von 25 auf 20 Jahre erhöht werden, auch mit den Erfahrungen für die nächste gefechtsfähiger Schiffsflotte soll sofort begonnen werden.

Die Kosten für die neuen Schiffe helfen diese Flottilleparteien natürlich der Arbeiterschaft auf.

Wie der Landtagswahlkreis scheint es die Regierung nicht eilig zu haben. Die Abstimmung, die preußischen Abstimmung vor Weihnachten einzubringen, hat man jetzt wohl nicht gelassen, so bis Februar gehäuft werden kann, und andere zum Januar festgesetzt werden müssen, und andere wie eine Einigung in den letzten Tagen möglicherweise.

wendig machen würden, angeblich nicht vorliegen. Bei neuen Steuer-, Militär und Kolonialforderungen trifft man die Parlamente zu jeder Jahreszeit zusammen — die Wahlreform aber, die hat Zeit. Bis das Volk der Regierung sage keine Worte mehr.

**Das bloße Gesetz als genehmigtes Brügelobjekt in der Schule.** In einer Volksschule zu Gronau in Hannover hatte eine weibliche Lehrperson einen Schulstab männlichen Geschlechts sich seines Höschens entledigen lassen, um es dann durch Stockade auf das nackte Gesäß zu misshandeln, und das vor versammeltem Schulvolle! Der ließempörte Vater des Knaben erstatte natürlich sofort Strafanzeige wegen Beleidigung und Misshandlung. Es wurde ihm folgender Bescheid zuteil:

Der Erste Staatsanwalt. Hilbersheim, 22. Juli 1907.  
Geschäfts-Nr. 4 N 505/07/08.

Auf ihr nicht datiert, hier am 12. Juni 1907 eingegangene Angeklage gegen die Lehrerin Elisabeth Metzger in Gronau:

Ihre Ansicht, Sie und Ihr Sohn seien dadurch beleidigt worden, dass die Beschuldigte Ihren Sohn vor der ganzen Klasse durch Stockade auf das entblößte Gesäß gequält hat, kann ich nicht bestreiten.

Die Beschuldigte hat Ihren Sohn gequält, weil er trotz häuslicher Erziehungen zur Ruhe immerfort auf dem Schulhof und in der Klasse gelärmte und den Unterricht in erheblicher Weise gestört hat.

Sie hat die oben erwähnte Art der Befüchtigung (Schläge auf das entblößte Gesäß) gewählt, weil ihr nach ihren glaubhaften Angaben eine wirkliche Befüchtigung ohne Herunterziehen der Hose nicht möglich gewesen wäre. Diese Maßnahme lag noch innerhalb der Grenzen des Befüchtigungsgesetzes, so dass ein strafloses Verstoß gegen § 340 St.G.B. nicht vorliegt.

Bei dieser Sachlage kann in dem Verhalten der Beschuldigten aber auch eine Verfehlung ehrverderblichen Charakters für Sie nicht erachtet werden. Selbst wenn man die Handlungswweise der Beschuldigten für objektiv beleidigend halten sollte, so ist der Beschuldigte jedenfalls nicht im entlasteten Zustand gewesen, dass Sie oder Ihr Sohn darin eine Beleidigung erhielten würden. Vor allem aber kommt in Betracht, dass die Beschuldigte beobachtete, Ihren Sohn zu züchten, also ihm ein förmliches Verbot zu zulassen, nicht aber ihn, um allerorten seine Eltern, durch die Art der Züchtigung an der Ehre zu kränken, also zu beleidigen.

Der Beschuldigte hat Ihren Sohn gequält, weil er trotz häuslicher Erziehungen zur Ruhe immerfort auf dem Schulhof und in der Klasse gelärmte und den Unterricht in erheblicher Weise gestört hat.

Das Verfahren hat daher eingestellt werden müssen.

In Betrachtung:

(Unterschrift unleserlich.)

An 11. Chefraum Randel, Gronau, Hopfenberg Nr. 272a.

Wir wollen diese klassische Urkunde preußischer Hochkultur nicht durch lange Kritik abschwächen. Der balestschwingende Schulmeister des Mittelalters, der sich für die ganze freudlose Misere seines Daseins an der Verprüfung entblößter Kinderleiber entschädigte, feiert fröhliche Auferstehung! Preußen in Deutschland voran!

**Siebenknecht über seinen Hochverratsprozess.** In einer Volksversammlung, die anlässlich des Internationalen Kongresses in Stuttgart stattfand, erklärte Genosse Dr. Karl Siebenknecht über Klassenjustiz und machte dabei eine sehr interessante Mitteilung über seinen Hochverratsprozess. Siebenknecht erwies unter anderem an die sehr bemerkenswerte Tatsache, dass der aus dem Hochverratsprozess bekannte Herr Dövermann, der bald nach seinem schändlichen Vorgehen gegen Siebenknecht als Anwalt zum Hochverratsgericht berufen wurde, in Kläre das Verfahren haben werde, über ihn, Siebenknecht, in seinem Hochverratsprozess zu Gericht zu sitzen. Von dem Anwalt seines Bruders, so erklärte Siebenknecht unter klarwitschem Beifall, werde er niemals ein Wort zu melden. Auch mit einer Beratung werde das Reichsgericht gegen ihn und seine antiklerikale Propaganda den erhofften Erfolg nicht haben. Wenn jemand Hochverrat gebege, so gebüre dazu, dass er in einem nicht zu leichten Zeitpunkt eine bestimmte Handlung unternehme, welche den gewaltstamen Umsturz der Verfassung oder einzelner Teile des selben zum Ziel habe. Doch nun verfüge man auch außer diesen Heer unvorstellbar zu machen und jeder Kraft derselben das Werk zu brechen. . . . Die Kallage sei für keinen Antimilitarismus ein wahres Gottesgeschenk geworden. Das der Hintergrund, ihm die Anwaltschaft zu entziehen, bestreite, darüber habe er keinen Zweifel.

**Auffaude und Sicherungsarbeit in Kamerun.** Ein Telegramm des Gouverneurs in Buca (Kamerun) betreffend die Bewegung in Adamaua besagt folgendes: Die Bewegung ist mit dem Tode des Malam (Wandervorsteher) Ebchi, welcher bei Djabola, einem Tocozmarch nordöstlich von Garua, fiel, als dort häufig eine endet anzusehen. Die lokale Erziehung jüdischen Garua und Ngambere wurde aufgegeworfen. Die Hauptanhänger des Malam Ebchi wurden in Ubao, drei Tage südlich von Garua, hingerichtet, auch der durch den Lamido (Schöppling) von Garua gefangen genommene Sultan Mhaba, der Anführer der ganzen Bewegung, wurde hingerichtet. Die Bestrafung von Lamale, Rei Buda und Ngambere ist noch erwartet, jedoch haben sie beiden Lamdos sich regierungstreu erwidert. Die Bewegung hatte einen allgemeinen europäisch-katholischer Charakter. Im südlichen Jolo-Bogen wurden zu Englisches-Kordillerie gehörige Agenten der Semisi-Sekte festgestellt.

Am 13. August wurde ein Transport von 80 Mann mit einem Maschinengewehr unter Hauptmann von Krug über Bantu noch Garua in Bewegung gebracht. Diese Verstärkung soll in der Hauptstadt die Residentur Adamaua in stand setzen, der deutsch-englischen Jolo-Großschnellen-Grenzepedition, die am 9. August unter Major Höring die Ausfahrt von Hamburg angetreten hat und auf 11 bis 12 Jahre berechnet ist, das nötige Befehlkommando zu setzen. Nach Einschätzung der Verbindung wird aber auch eine Ablösung der Lage in den Lamdonen Rei Buda und Ngambere möglich werden.

Diese Art Kolonialpolitik war es, die der Stuttgarter Kongress einsichtig bestand.

**Katholiken unter sich.** Eine neuzeitliche katholische "Kirche" wird in einer Zeitschrift an die katholische "Germania" sehr heftig angegriffen. Dem Gründer Abbe Collin wird vorgeworfen, dass er "so genannte Katholiken als Vertreter des Volkes gegen protestantische Katholiken untertritt und das Christentum, die anekdotische Sitten der katholischen Religion in den Volksvertretungen, wie etwa 'Völker' bekämpft" habe. Zur Charakterisierung des "Parti Nouveau" heißt es wörtlich in der "Germania": "Siebenknecht und seine Partei führen in der Kirche, wohl aber sehr oft meistens den ganzen Sonntag auf seiner weite von Regen entlegenen Jagd". Sie müssen sich ja kennen.

**Die Schule für 200 Kinder!** Unter ein Stück Schülernummer in der Stadt berichtet das Oberbürgermeister Blatt: Schon über Jahr und Tag steht an der vierstöckigen Volksschule in Bratislava die letzte Schule. Die Bezeichnung müsste die beiden Lehrer Schul und Schuler Schule sein, jeder von ihnen hatte zwei Klassen zu betreuen. Schule der Überzahlung ist aus der ersten Lehrer, der zweite im 2. Schuljahr steht, tatsächlich entzweit, so dass ihm der zweitälteste Seite das Unterrichten auf längere Zeit unterstehen würde. Nun qualt sich der eine Lehrer mit der ganzen Schule, die nicht weniger als 200 Kinder zählt ab. Eine Unterstützung teilt der Lehrer aus dem zweitältesten Unterricht zu erwarten, da dieser zweitälteste Lehrer keine eigene Unterrichtsstube vorfindet.

Was für ein Geschrei würde der Präfektat erheben, wenn irgend eines Rates in Polemik 200 Studenten auf einen Unterrichtsstuhl lämen. Denn die Ausbildung zur Freiheit und Tötung ist unserem Staat viel wichtiger, als die Erziehung zum törichten schaffenden Bürger.

**Paradeschluss.** Die vierte geschlossene Versammlung des Katholikentages leste die "Beratung" über die sozialen Anteile fort. Angenommen wurde ein Antrag, betreffend die Organisation von ländlichen Dienstboten, ein solcher, betreffend die Unterstützung des Handwerks durch die Förderung von Genossenschaften und Zuwendung öffentlicher Arbeiten an Handwerksgesellschaften. Die Erörterungswahlen für das Befreiungskomitee ergaben im wesentlichen Wiederwahl der ausscheidenden Herren. Auch diesesmal war der Katholikentag nur eine wohlorganisierte Parade, sein Debüt durfte den Mund auf.

Zur Abwehr des russischen Gastes. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist zwischen Deutschland und Russland für den Fall, dass sich die Kaiserin wieder in der Sanitätspolizei-Schule in Gronau befindet, eine Sonderkonvention hinsichtlich Übernahmen in der Sanitätspolizei-Schule in den Grenzen getroffen worden. Auf Grund dieser Vereinbarung haben beide Regierungen das Recht, bei Cholera-Epidemien in den Grenzen Spezialkommissionen zu delegieren, die unter der Leitung des Ortsvorstehers sich über den Verlauf der Krankheit und über die zur Bekämpfung der Epidemie ergriffenen Mittel orientieren dürfen.

**Württembergs unirte sich.** Redakteur Heine von der "Essener Volkszeitung" hat die Privatbeleidigungslage gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Weißer eingereicht. Der Grund ist in gegenseitigen verbündeten Verhängnissen zu suchen.

**Beamte gleich Handgesinde.** Das württembergische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat an die Generaldirektion der Staatsseidenbahnen, sowie an die Post- und Telegraphendirektionen folgenden Erlass gerichtet: "Das Verhältnis des Beamten zu seinem Vorgesetzten ist eine die Person des einzelnen Beamten betreffende dienstliche Angelegenheit. Glaubt ein Beamter, Grund zur Beschwerde über einen Vorgesetzten zu haben, so steht ihm frei, sie auf dem vorbeschriebenen Dienstweg anzu bringen. Die Anbringung eines solchen Beschwerdefalles durch einen Beamten vereitelt oder durch eine Abteilung eines solchen ist durchaus unzulässig und verboten. Falls sich in Zukunft ein Beamter dieses verbotenen Weges befinde, ist gegen ihn bis spätestens ein Jahr eine Entfernung. Auch sind gegen einen Beamtenverein, der künftig gegen diesen Grundsatzen verstößt, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen."

In ähnlicher Weise beschreibt das Gesetz bekanntlich dem Geiste das Koalitionsrecht. Wenn die Beamten sich dabei wohl befinden, uns kann es gleich sein.

**Schon wieder eine simile Spionageaffäre.** In Koblenz ist ein Vize-Oberstleutnant des Feldartillerieregiments Nr. 23 unter dem Verdacht des Landesvertrags verhaftet worden. Es soll sich hierbei nach dem "B. R." um die neuesten Druckvorlagen für die Artillerie handeln. Die Ermittlung erfolgte durch einen Kriminalkommissar in Herborn, der einen nach Paris reisenden Mann an der Grenze festnahm. Bei der Verhörungrichtung wurden die beim Koblenzer Artillerieregiment gestohlenen geheimen Druckvorlagen, die von den Offizieren unter strengstem Verschluss zu halten sind, vorgefunden. Einer wurde bei dem verhafteten Büffisten noch eine ganze Anzahl von Adressen deutscher Untoffiziere und Sergeanten verschiedener Infanterieregimenter entdeckt. Das 29. Feldartillerieregiment befand sich gegenwärtig im Mannsver. Der verhaftete Vize-Oberstleutnant hatte ein Wachkommando zu befehligen. Man spricht von weiteren Verhaftungen.

**Kaiser und Flottenverein.** Zur Teilnahme an den Flottenmanövern hat nach der "Athen. Wiss. Blg." eine Anzahl Mitglieder des Präsidiums des Flottenvereins vom Kaiser Einladungen erhalten. Die Herren haben sich an Bord des Flottenschiffes "Deutschland" mit eingefüllt. Die Männer werden zugleich auf Kosten des ganzen Volkes, nicht des Flottenvereins veranstaltet.

## Ausland.

**Eine Wendung der Marokkopolitik?** Es erwacht den Anschein, als ob eine Wendung in den marokkanischen Dingen einzutreten sollte; eine Wendung, zu der den Unschuldigen eintritt, die Vorgänge in und um Casablanca schaffen werden, während die Ursachen in den Plänen der französischen Regierung liegen. Im Zusammenhang mit dem Besuch Clemenceaus bei Eduard und Tambours bei Bône taucht plötzlich in der französischen Presse der Gedanke auf, dass die Grenzen der in Algier gegebenen Bestimmungen erweitert werden müssen, soll Frankreich seine Mission, Ruhe und Ordnung zu schaffen, wirklich erfüllen können. Außerdem wird aus Paris und Madrid zugleich von einem wichtigen Ministerrat gemeldet, der dem alle, auch die obwaltenden Mitglieder der Regierung herabsetzen will. Für Clemenceau ist es natürlich, während die spanischen Soldaten in Wirklichkeit bloß die Aufzäuber der kolonialen Ereignisse spielen. Es scheint der Republik doch als europäischer Mandatär zu handeln und verfällt nicht dem Verbacht, auf eigene Faust Abenteuern nachzugehen. Allerdings ist das eine Lösung, die bloß vorhält, wenn sich die anderen läuschen lassen wollen. Die marokkanische Sache ist durchaus Frankreichs Sache, das, wie man annehmen darf, jetzt stärker zugreifen will. Nur möchte es die Rolle des Gedrängten spielen. Die bestehende Zurückhaltung, nachdem Casablanca besetzt worden war, kann jetzt aufgegeben werden, weil die Angriffe der Kabylen, der anstrebende Marsch des Gegensultans, die gewitterdrohende Stimmung in den Kasernplätzen es vorausgesetzt, dass die Republik aufzertigen, mit größerer Wachsamkeit vorzugehen, will sie auch zur dem Verlehe die verlorene Sicherheit wieder zurückgeben.

Man marschiert also unter Bedingung, aber man hat selbst gewollte Ziele; doch möchte man zu ihnen so gelangen, als ob man gedrängt würde. Hierbei ist natürlich die notwendige Voraussetzung, dass Deutschland keine ernstlichen Schwierigkeiten macht. Unter den Besuch Cambons in Nordberney hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung geschrieben: Der Besuch des französischen Botschafters Cambon beim Reichslandrat in Nordberney ist unter bestreitenden Befürchtungen verlaufen. Beide Staatsmänner sind seit einer Reihe von Jahren durch persönliche Beziehungen verbunden. Sie kommen in freundschaftlicher Aussprache ihr Interessen und ihre Zügel in die Beziehungen festzustellen. Also die denkbaren englisch-französischen Freundschaftsversicherungen in dem Augenblick, wo sich Frankreich anschickt, seine Aktion in Marocco zu verstärken. Das kann doch gleichzeitig auch die Billigung eben dieser Vorgänge bedeuten und man wird nicht versetzen, auf die günstigen Nachrichten der Reisen Edwards hinzuweisen. Die Botschaften sprechen deswegen ebenfalls nicht mit der Anerkennung. Aber mahnend steht des Fürsten Bölow entsprochen. Die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland können nur den Charakter eines Geschäfts tragen; man sollte wissen, wie sich das-selbe gestaltet. Geschäft? Vielleicht, mindestens eine Vereinbarung, da beide Regierungen fast gleichlängige Kundgebungen veröffentlicht haben. Aber für beide Fälle auch ein gutes Geschäft? Die deutsche Regierung, die vielleicht jetzt Frankreich in Marocco möchte gefestigt sehen, wird sich hierbei möglicherweise ebenso verteidigen wie im vorigen Jahre bei der entgegengesetzten Politik. Und ob die Rechnung der Franzosen auf rache Erfolge stimmen wird, ist erst recht fraglich, denn Marocco hat viele Gruben und Gangen.

Neben die verpuffte Wunde eines Mittentäters bringt die in deutscher Sprache erschienende "St. Petersburger Zeitung" folgenden dramatischen Bericht:

Am 26. d. Mon. um 1 Uhr Mittags brach sich der Chef des Petersburger Bellengespann aus. Ober-

Wo an so aus dem Gefängnis nach Hause. Es war gerade um die Zeit, wo die Gefangenen ihre Angehörigen empfingen, sobald sich viele unbekannte Personen im Gefängnis befanden. Kaum hatte der Oberst das Gefängnis verlassen und nur etwa zehn Schritte den Arsenal-Platz entlang gewandt, als plötzlich hintereinander vier Schüsse erklangen. Es war ein junger Mann von intelligenzem Aussehen, mit einem weißen Stoffhut auf dem Kopfe, der sich dem Obersten genähert und aus nächster Nähe auf ihn von hinten vier Schüsse abgegeben hatte. Ohne einen Laut von sich zu geben, stürzte Oberst Andow los zu Boden. Alle vier Männer hatten ihn getroffen, wobei eine durch den Arm gegangen war und ihn ins Herz getroffen hatte. Der Mörder wollte nun entkommen. Er lief den Arsenal-Platz zur Arsenalstraße hin. Ein ganzer Haufen von Soldaten, Gefängniswächtern, Gaußnachern und Wartenseltern verfolgte ihn, wobei ein Schuhmann auf den Flüchtenden aus einem Revolver schockte. Einige Schüsse trafen aber leer. An der Ecke der Arsenalstraße und des Platzes stand ein Schuhmann neben dem Kontrollleur des Omnibuswagens. Beide bereiteten sich auf den Empfang des Mörders vor. An diesem Moment fuhr die Arsenalstraße ein Postfahrzeug entlang. Der Mörder sprang in den Wagen, setzte dem Fahrer den Revolverlauf vor den Kopf und befahl ihm, so schnell wie möglich fortzufahren. Letzterer erschrak jedoch und sprang aus dem Wagen heraus. Nun ergriff der Mörder die Allee und wollte davonlaufen. Hier trafte ihn der an der Ecke stehende Omnibuskontrollleur dem Pferde in die Allee und hielt den Wagen an. Der Allesicht zog seinen Revolver und gab eine Reihe von Schüssen auf den Kontrollleur und auf den ebenfalls herbeigeflohenen Schuhmann ab. Der Kontrollleur musste sofort die Allee aus der Hand lassen, da eine Kugel ihn direkt am Ohr verfehlten war und er vor Schreck zur Erde fiel. Auch der Schuhmann wurde heimlich getötet, die Verfolgung aufzugeben, da ihm ein Beton durchschossen war. Nun jagte der Mörder mit den Alleen in der linken und dem Revolver in der rechten Hand weiter. Allerdings kam hier des Weges eine Privatgeißluppe gefahren. Der Kontrollleur sprang mit dem verunbundenen Schuhmann in dieselbe und befahl dem Kutscher, hinter dem Flüchtenden einzurütteln. Die ganze Zeit über wurden beide zwischen den Flüchtenden und dem Postfahrzeug geschüttelt. Der an der Arsenalsstraße auf Kosten befindende Schuhmann war durch Schüsse aufgeweckt worden. Als er den auf dem Postwagen flüchtenden erschien, warf er sich dem Pferde, das bei der Schleierei auch schon verwundet war und langsamer lief, in die Allee und hielt es an. Der Mörder nahm nun auf den Schuhmann mehrere Schüsse ab, die sämtlich vorbeibringen, sprang dann herunter und lief zum Arsenalsdorf hin und stieß den Post. Der Mörder fiel hin. Nun stürzten sich die Verfolger auf ihn, löschen ihn und brachten ihn zur Polizei. Man fand bei ihm zwei Brownings, drei Patronentäschchen und 22 läufige gebünderte Patronen. Er weigerte sich lateinisch seinen Namen zu nennen oder irgend welche Ausklärungen über seine Verbrechlichkeit anzubieten, und gab nur an, er sei Mitglied der "Kriegergenossenschaft der Kampfsorganisation des nördlichen Gebiets", deren Zentrale über den Obersten Spanow et ausgeübt habe. Außer dem Mörder wurde in der Nähe des Gefängnisses noch ein unbekannter Mann verhaftet, der beim Anblick des Mordes geschockt haben soll: "Na, Gott sei Dank!"

Wie ein Telegramm aus Petersburg meldet, wurde der Täter bereits festgestellt. Seinen Namen hat er bis an sein Ende tapfer verschwiegen.

Die Komödie von der „Verschwörung gegen den Zar“ hat leider ein betrübendes Ende genommen: Die Schauspielerin Ruhlanova hat die angeblich Beteiligten, obwohl feststand, daß sie nie daran gedacht haben, den Zaren zu ermorden, auf echt russische Art hinter verschlossenen Türen verurteilt. Ein Telegramm aus Petersburg meldet darüber: Donnerstag Nachmittag verhandelte das Militärgericht das Urteil in dem Reichsmeisterprozeß. Nitzenko, Sensawski alias Purtkin, und Naumoff wurden für schuldig erklärt, daß Attentat auf das Leben des Kaisers vorbereitet zu haben, und wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Von den vier Angeklagten, die der Bildung der Organisation zum Zwecke des Sturzes der bestehenden Regierungsform sehr schwierig erkannt wurden, wurden drei zu je acht Jahren Zwangsarbeit und einer zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Fünf weitere Angeklagte wurden wegen Unterstüzung der Verschwörung zur Ausmildung verurteilt unter gleichzeitigem Verlust aller Standesrechte. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen, darunter Rechtsanwalt Feodossjew, sowie dessen Frau.

Gegen die Neger ist ein neues Wahlgesetz in Georgia (Amerika) erichtet. Um den verbotenen Schwarzen das Wahlrecht zu nehmen oder zu erschweren, macht man im Süden der Vereinigten Staaten strenglos eine Gesetze, wenn sie auch mit der Bundesverfassung nicht in Einklang zu bringen sind. Man rechnet, daß 90 Prozent der Neger in Georgia, die dort sehr zahlreich sind, ihres Wahlrechtes verlustig gehen.

### Kleine Auslandsnachrichten:

Präsident Roosevelt hat die Republiken von Mittelamerika zu einem Friedenskongress nach Washington eingeladen. — Der russische Pope und ehemalige Revolutionärführer Gapon, der seinerzeit so viel von sich reden machte und später wegen seiner Abtreibung angeblich ermordet worden soll, befiebert sich noch am Leben. Gapon hat einen Bruder in Wladivostok. Dieser, namens Anton Apollonowitsch, der am orientalischen Hafen in Wladivostok die Stelle eines Delokomone hält, will kürzlich von seinem Bruder aus der Schweiz Briefe erhalten haben. — Der frische Kreisrichter Lindal hatte im Siglufjord etwa 50 ausländische Fischerfahrzeuge wegen Fischen auf verbotenem Gebiete zu Geldstrafen verurteilt, die sich auf 30 bis 50 Kronen beliefen. Die Fische rissen unter den ausländischen Fischern große Erbitterung hervor. Sonntag kamen 100 mit Waffen bewaffnete Matrosen an Land und bedrohten den Kreisrichter, der in die Kirche flüchtete, wo gerade Gottesdienst war. Es sammelte sich eine große Menschenmenge an, darunter Männer mit Schwertwaffen, welche die Matrosen auf die Schiffe zurücktrieb. Mehrere Personen wurden durch Wesselsche verwundet. Das Stationsschiff „Islands Hall“ ist im Siglufjord eingetroffen.

### Neueste Nachrichten.

#### Die Cholera.

Bukarest, 20. August. (G. T.-B.) Bei den hierigen Sonntagsbehördenden traten Nachrichten aus Rumänien ein, wonach die Cholera in Südrumänien stark immer mehr ausbreite. In den großen Städten werden zahlreiche Fälle konstatiert. Die rumänischen Sanitätsbehörden haben aufgedeckte Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

### Furchtbarer Tod städtischer Arbeiter in den Kanälen unter der Stadt.

Zwei Arbeiterleben vernichtet wurden heut Vormittag durch den mit einem Gewitter plötzlich hereinbrechenden wochenbrachartigen Regenguss. Gegen 11 Uhr befanden sich Arbeiter der städtischen Stadtbauverwaltung in dem von der Rosenthalerstraße nach dem Moholay führenden Hauptkanal der Schwerin kanalisation. Zwei von ihnen wurden durch die plötzlich in den Kanal stürzenden Regenmassen fortgerissen. Den einen gelang es, in dem Einschlagschacht an der Rosenthalerstraße auf dem Moholay auszuspringen und bewußtlos aus dem Kanal zu ziehen; der andere namens Hertel, Rosenthalerstraße 5, (Verheirater, 1 Kind), ist nicht gefunden worden; noch beim Stande des Wassers ist er zweifellos ertrunken und seine Leiche wird sicher erst in den Klämpfen der Pumpstation am Behnholzberg aufgefunden werden.

Das gleiche grauenhafte Schicksal erreichte um dieselbe Zeit den Kanalarbeiter Weigt von der Rosenthalerstraße 22, einen 41 Jahre alten Mann und Vater von drei Kindern, der sich zur Zeit des Unwetters in dem am Schwerin Kanalgraben sich hinziehenden Hauptkanal befand. Auch er ist sicher tot, im Kanal ist der nicht mehr gefunden worden.

Durch den Einschlagschacht, der sich auf der Rosenthalerstraße befindet, dort wo der von der Meissener Straße kommende Verbindungsweg in der Verlängerung der Oststraße einmündet, waren heute Vormittag gegen 10 Uhr drei städtische Kanalarbeiter unten im Kanal beschäftigt. Als gegen 11 Uhr sich der Kanal in rasender Else mit den aus den Straßen- und Hofgräben kommenden Wassermassen füllte, versuchten die Arbeiter, in die Einschlagschächte zurückzulaufen. Nur einem von ihnen gelang der Rückzug, die beiden anderen wurden von den schmutzigen Fluten fortgerissen. Sofort befiehlt man die nächsten noch dem Rohrblatt zu liegenden Einschlagschächte und an der Rosenthalerstraße gelang es der einen der Verunglückten, völlig durchtröhrt und beschwitzt, aber erstwähler Weise noch lebend herauszufließen. Der andere, der Rosenthalerstraße Nr. 5 wohnende Hertel, der verheiratet ist und ein Kind hat, blieb verschwunden. Es ist kein Zweifel, daß der Mann in den eiskalten Fluten eben ertrunken ist. Die Sautkämpe sind so hoch, daß ein normaler Mann in gebückter Haltung sie passieren kann. An den Wänden befinden sich zwar Ringe oder Klammern, an denen die Arbeiter sich festhalten können, da aber bei den mit unheimlicher Else verunreinigten Wassermassen der Kanal sich bald bis oben herausstreckt, so mußte der Mann, wenn er sich nicht durch den nächsten Schacht sofort retten könnte, unweigerlich ertrinken. Wie uns soeben gemeldet wird, lehren Arbeiter soeben von einem Euchange durch den Kanal zurück. Ihre Mütze war vergebens. Nicht wird der nach Ostoth führende Kanal durchsucht; alle Einschlagschächte sind mit Neuerhölzleuten besetzt. Über man wird die Leiche wohl erst in dem sogenannten Kanalsumpf am Behnholzberg auftangen können.

Der grauenhafte Unfall am Schwerin Kanalgraben spiegelte sich zu derselben Zeit und unter den gleichen Umständen ab. Der Einschlagschacht befindet sich an der Grabenabschüttung, gegenüber der Einmündung der Museumstraße. Dort war der erst vor vier Wochen in die Dienste der Kanalbau-Verwaltung eingetreten Arbeiter Bruno Weigt, Kubenstraße 22, in den Kanal gestiegen, während am nächsten Schacht ein Kanalmauer mit dem Spiegel stand. Ein oben an dem Unglückschachte stehender Arbeiter bemerkte, wie das Wasser im Kanal zusehends stieg; er fragte darauf den nebenan unter einem Baume stehenden Bauführer, ob er dem Weigt Signal zum Rückzuge geben sollte; der Bauführer winkte mit dem Schleife ab. Als schließlich das Wasser die obere Kante des Kanals erreicht hatte, dieser also bis oben gefüllt war, und der Arbeiter immer noch nicht zurück kam, da sah man ein, daß ein Unglück geschehen sein müsse. Die Feuerwehr wurde gerufen, die Schächte besucht und so gut es ging, der Kanal abgesucht; bis jetzt ist auch hier alles vergeblich gewesen. Die Nachforschungen werden in der ersten Nachmittagsstunde noch fortgesetzt.

Soeben wird uns mitgeteilt, daß um 1 Uhr von der Feuerwehr die Leiche des verunglückten Hertel im Kanal an der Unterführung der Ostoth Straße gefunden worden ist.

Der am Schwerin Kanalgraben verunglückte Weigt dagegen ist bis um 12 Uhr immer noch nicht aufgefunden worden; übrigens ist das allerdings nicht verbürgte Gericht aufzutreten, daß noch ein weiterer Unfall in den Kanälen der Schwerin Vorstadt vorgekommen sei. An den Straßen der inneren Stadt ist die Verfolgung noch durch einen großen Unfall erhöht worden, indem ein Mann im Nikolai-Kanalgraben, durch eine Wette veranlaßt, hin- und herschwomm.

#### Zappalle über Landsfriedensbruch?

Unter der Spylmarie: „Vom Terrorismus gegen die Sozialdemokratie“ berichteten wir kürzlich, daß einem Gasthofbesitzer bei Portitz — einem Dorfe in der Nähe von Leipzig — die Polizei aus 10 Uhr herabgesetzt wurde. Daß die Behörde nicht 9 Uhr sesshaft, hat er nur dem Umstande zu verdanken, daß seitdem er das Geschäft führt, — nämlich 16 Jahre — niemals gegen ihn irgend etwas bei der Behörde vorgestellt. Alles wird dadurch erklärt, daß der Mann das Verbrechen beging, uns seinen Saal zu Vereins-Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Sein Konkurrent, auch der Gemeindebörsecker mit einer Zahl von Bauern aus Portitz, haben alles getan, um den Mann in das „rechte“ Licht bei der Behörde zu setzen. Zehn treffen dabei gleichzeitig ein: 1. hat die Kreishauptmannschaft die Verfügung gegen den Gasthofbesitzer bestätigt, 2. hat die Amtshauptmannschaft am Mittwoch in aller Freiheit je sechs Genossen aus Portitz und Taucha aus dem Betriebe geholt und die 12 Mann gesesselt in die Untersuchungshaft abgeschafft. Sie sollen Vorsitzende des Bruchs begangen haben. Was ist geschehen? An einem Abend im Juli brachte die Gefangene abteilung von Portitz dem Sohne des Gastwirts Kramm in Thella zu seinem Wallerhend ein Ständchen. Die Singstunde in Taucha stellte aus, da der Gesangsteller in Thella dirigiert. Darauf machten die Tauchauer das Ständchen mit. Was sollte

dann in Thella, zum Schlus in Portitz. Angehetzt dazu um 12 Uhr Nachts das Ständchen Sanger auf. Es soll nun etwas laut ausgegangen und zu einem Reinkonte mit dem Ortspolizeihauptmann gekommen sein. Ausschreitungen und Gewalt. Es folgten Ständchen und Ständchen nicht vorgenommen. Und das soll Landsfriedensbruch sei? Da erinnern wir uns der Nacht vom 26. Januar. Nicht nur im Krause der Hottentottenstimung, sondern im Krause schlechtes zogen lobsend Studenten und deutsch-nationalen Junglinge durch die Straßen Leipzigs. Vor dem Volkshaus brachte sie die Polizei mit Mühe zurück, sie kamen lobsend, wissend, singend und brüllend wieder. Von einem Eingreifen der Gerichte hat man später nichts gehört. Das war der nationale Mob.

#### Neues aus Marokko.

Tanger, 20. August. Soweit bekannt, hat die Mehrzahl der südlichen Stämme Marokkos Mulat Hassi zum Sultan proklamiert. Es heißt, daß Mulat Hassi ausgeregt an der Spitze bedeutender Truppen sich auf dem Wege zur heiligen Stadt Rabat befindet. In Tanger bericht noch großer Erfolg, da man immer noch einen Bandenstreit seitens der Bergstämme befürchtet. Heute wird gemeldet, Mulat Hassi habe bekannt gegeben, daß er Vorbereitungen trifft, um für die Morde in Casablanca Vergeltung zu leisten und sich mit den europäischen Märkten zu verbinden. Er habe den Stämmen verboten, die Franzosen anzugreifen, falls letztere nicht in das Gebiet des Scharja-Stamms eindringen.

Nach einer Meldung der „Agence Havas“ sind in Tanger bei dem Kriegsminister Debbas Abends Reiter vom Sultan aus Haingetragen, welche berichten, daß die Lage in der Hauptstadt sehr ernst ist.

Nach einer Täglichen Zeitungsmeldung soll in Tanger der Sultan und seine Minister im Palast gefangen sein. Die Verbündeten habe einen Sturm auf die Mauern verübt.

Unbestätigte Nachrichten aus Tanger berichten, daß der Sultan von feindlichen Stämmen überfallen sei und geplündert werde.

Berlin, 20. August. (G. T.-B.) Eine Nachrichtenkorrespondenz behauptet, von sonst gut unterschätzter Seite zu wissen, daß Generaldirektor Althoff überhaupt kein Entlassungsversuch unternommen habe, auch wäre es schwer anzunehmen, daß der Kaiser ein solches nicht genehmigen würde. In den Althoff nahestehenden Kreisen rechnet man daher gar nicht mit seinem Abgang.

Hamburg, 20. August. (G. T.-B.) Das Gesellschaftsblatt „Brussia“ ist in Sünderhöft (Südwes-Australien) gesunken. Der Kapitän hat sich erschossen. 14 Passagiere sowie 4 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Belgrad, 20. August. (G. T.-B.) Eine gefährliche Blaubebande, die seit zwölf Monaten in der Umgegend von Belgrad hausen, wurde nach einem erbitterten vierstündigen Kampf vernichtet. Nachdem der Anführer und ein Räuber gefallen waren, ergaben sich die übrigen, darunter eine Frau in Männerkleidern. Auf den Kopf des Räubers war ein Preis von je 1000 Franko ausgesetzt. — Die Druckerei des Antivereinsblattes „Diacetus“ wurde unter einem schlimmen Vorwand polizeilich gesperrt. Es ist dies bereits ein wiederholter Versuch, das den Verschwörern unangenehme Blatt zu unterdrücken. Dies blieb bisher aber ohne Erfolg. Die Zeitung stellt vorläufig ihr Erscheinen ein.

Wien, 20. August. Der Unterrichtsminister beschäftigte den vor langer Zeit gefassten Beschluss des Wiener Professorenkollegiums, Frösche im Eise Richter als Praktikanten für romanische Philologie zugelassen.

Budapest, 20. August. Hier wurde der Gärtner Eder durch Räuberungen des Buchhalters der Handels- und Gewerbebank um mehr als eine Million Kronen betrogen. Auf die Bank hat nunmehr ein Sturm der Einziger stattgefunden. Die Bank konnte, unterstützt von zahlreichen Provinzstädten, ihren Aufordnungen gerecht werden. Der verhaftete Buchhalter erklärte, daß das gesuchte Kas, auf das der Gewinn geflossen sei, Eigentum der Bank gewesen sei.

Bad Gastein, 20. August. (G. T.-B.) Zwei Kriegslieferanten Wolf und Kühn aus Berlin, bestellten ungentigend aufgefüllt und ohne Kästner den Ankopf. Kühn lehrte zurück, Wolf ist abgesetzt, eine Rettungskolonie sucht ihn.

Antwerpen, 20. August. (G. T.-B.) Obwohl die freiwilligen Hafenarbeiter die Ruhe bewohnten, wurde des Nachts doch die Polizei um 42 Mann verstärkt. Wohl, weil es ruhig war?

Florenz, 20. August. (G. T.-B.) Hier haben neue anti-klerikale Kundgebungen stattgefunden. Die Volksmenge vertrieb die Katholiken in Brand zu stecken, wurde aber von der einschreitenden Gendarmerie davon verhindert. Katholische Verbündete wurden vorgenommen.

### Vereins-Kalender.

#### Gewerkschaftskalender.

Kreitag, den 20. August. Gewerkschafts-Kreisell. Singtag. Abends 8 Uhr. Sommer 2. Sonnabend, den 21. August. Sommer 2. Zimmerer. Jeden Sonnabend: Bahlabend. Sonnabend, den 1. September. Sommer 2. Steinarbeiter-Verband. Fasentag. Vormittags 10—12 Uhr. Sommer 2.

#### Wahlstellungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

##### Baub-Distrikt 4 (Oppeln).

Sonntag, den 1. September, Vorm. 10 Uhr: Zusammenkunft und Wahltag bei Riedel.

##### Distrikte 8 und 9.

Parteilosen, die an der Referenten-Schule teilnehmen wollen, mögen sich Sonnabend, den 21. August, Abends 8½ Uhr bei Maichsel, Fleischmarktstraße 16, Ecke Bergmannstraße, melden.

##### Gießsch.

Montag, den 2. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Gießsch. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

##### Distrikt 11 (Deutsch-Bissa und Uszeggenb.).

Bezirk 3 (Stadtteil, Marienberg, Deutschbroth). Sonntag ersten Sonntag im Monat, Vorm. 10 Uhr: Wahltag im bekannten Lokal in Marienberg.

##### Baub-Distrikt 12 (Wörlitz).

Freitag, den 20. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Bezirksführer und Stellvertreter bei Honsfeld, Käthe-Kollwitz-Straße. Abrechnung der Wahlen und Vergleichenes. Wahlabschlußtempel sind mitzubringen.

Wittenberg. Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter. Sonntag, den 1. September, Raum 1515, 1525 & 1527. Öffentl. Versammlung bei Schmid, Voigtstraße. Referent: Gießsch. Schmid. Dresden. Bahnhof. Eröffnung 18 Uhr.

Brandenburg. Rennbahn. Schule 1000 — 1000 — 1000. Graupenstraße 5/6. — Verlag von Peter Schmid. — Haus von Dr. Schmid. — Städte in Sachsen. — Städte in Sachsen.

## Schauspielhaus

Der Colleg der Saison!  
Freitag 8 Uhr:  
„Gaben Sie nichts zu verpassen?“  
Samstag, 8 Uhr:  
„Gaben Sie nichts zu verpassen?“

Breslauer Sommer-Theater  
(Lieblich's Etablissement)  
Freitag, den 30. August:  
„Lieblich's Abend!“  
„Lieblich's“  
„Präzision Freischärler“  
„Anatole Hochzeit am Morgen“  
Anfang 8 Uhr.

## Lobe-Theater.

Eröffnungs-Vorstellung:  
„Diez und Maria“.  
Aufführung täglich von 10-2 Uhr  
im Kassenfach des Stadt-Theaters.

## Stadt-Theater.

Die Ausgabe der Abonnements für  
die erste Hälfte der Spielzeit findet täglich  
von 10-2 Uhr in der Rendanzur  
des Stadt-Theaters statt.

## Victoria-Theater

(Immenauer Garten).  
Folies-Caprice.  
Täglich  
wechselndes  
Programm.  
Vom Wochentag gültig.  
Anfang 8 Uhr.

## Dominikaner.

Die berühmten  
Bennowitz-Sänger.  
Anfang 7½ Uhr.

**50 Arbeiterfrauen 50**

Volkswachtleser  
Ihre Haushaltungssartikel  
kaufen Sie, wie bekannt, am besten und billigsten bei

Rob. Kornmann, Friedrich-Wilhelmstr. 50.

## Massen-Ausverkauf.

Züchten, Julets, Gardinen,  
Wachsdrüse, Sardine, Flanelle,  
Hemden, Schürzen, waschechte blaue Blusen,  
Arbeiter-Konfektion,  
Schuhwaren für Herren, Damen u. Kinder

**Dittmar Hamburger,**  
Friedrich-Wilhelmstraße 88. 4023

**A. Schumm's (W. Hänel's)**  
Dampfbrauerei

Sept. 1743. Eheinigerst. 20 und Hirchst. 26 za. 226.  
empfiehlt seine Lokalitäten einer genügenden Beachtung.  
Ausdruck Haase'scher Biere und anerkannt  
besten Getreidekörner eigenen Fabrikats.

Getreidekörner.

R. Methner (Vorm. G. Reibstein)  
Uhrmachermeister 4024  
Friedrich-Wilhelmstraße No. 70

**Uhren und Goldwaren**  
Eigene Reparatur-Werkstatt

**Einzig in Breslau!**

in Ring 55, Naschmarktseite.

**95 Pf.-Bazar**

Geschenk- und Wirtschaftsartikel.

**Alle Waren**  
ohne Ausnahme

**Stück 95 Pf.**

Jeder Gegenstand ein Wunder fabelhafter Billigkeit.

**Ring 55 nur**  
Naschmarktseite.

**Keine Filiale am Platz.**

Albert Marcus. 4211

## Damen Schneidermädchen

I. I. m. bei 4220  
Wein, Gedächtnisstraße Nr. 20. 4. Etg.

**Logis** i. 2 Dörfern zu vernehmen bei 4127

W. Matz, Pöpelwitzstr. 28, pt.

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

## Anzüge

## Ueberzieher!

Ninderwagen

## Möbel

auf Abzahlung.

Nachweislich in

Breslau

kleinste Auszahlung.

**Max Biermann,**

Ring 51, erste Etage

neben der Stockgasse.

Filiale: 13926

Waldenburg i. Schl.

Auch nach auswärts.

## 50 Arbeiterfrauen 50

Volkswachtleser

Ihre Haushaltungssartikel

kaufen Sie, wie bekannt, am besten und billigsten bei

Rob. Kornmann, Friedrich-Wilhelmstr. 50.

## Massen-Ausverkauf.

Züchten, Julets, Gardinen,  
Wachsdrüse, Sardine, Flanelle,

Hemden, Schürzen, waschechte blaue Blusen,

Arbeiter-Konfektion,

Schuhwaren für Herren, Damen u. Kinder

**Dittmar Hamburger,**  
Friedrich-Wilhelmstraße 88. 4023

**A. Schumm's (W. Hänel's)**  
Dampfbrauerei

Sept. 1743. Eheinigerst. 20 und Hirchst. 26 za. 226.

empfiehlt seine Lokalitäten einer genügenden Beachtung.

Ausdruck Haase'scher Biere und anerkannt

besten Getreidekörner eigenen Fabrikats.

Getreidekörner.

**R. Methner (Vorm. G. Reibstein)**  
Uhrmachermeister 4024

Friedrich-Wilhelmstraße No. 70

**Uhren und Goldwaren**

Eigene Reparatur-Werkstatt

**Einzig in Breslau!**

in Ring 55, Naschmarktseite.

**95 Pf.-Bazar**

Geschenk- und Wirtschaftsartikel.

**Alle Waren**

ohne Ausnahme

**Stück 95 Pf.**

Jeder Gegenstand ein Wunder fabelhafter Billigkeit.

**Ring 55 nur**

Naschmarktseite.

**Keine Filiale am Platz.**

Albert Marcus. 4211

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**

an der Brüderstraße. 2741

**Spottbillig!**

**1 Waggon Emaille**

nach Gewicht, Psd. von 25 Pf. an.

**Emaillewaren-Industrie**

**Neue Tautenzienstr. 3**</p

# Beilage zu Nr. 203 der „Volksmacht“.

Sonntagsblatt, den 22. August 1907.

## Das einheitliche Parteimitgliedsbuch

Wurde bekanntlich von mehreren Parteivereinen, darunter auch von der Frankfurter Organisation einem beim Parteitag in Essen beigebracht. Im „Vortrags“ macht der Frankfurter Parteisekretär Gewisse Vittern dazu folgende Vorfälle:

Man muss sich vor Augen halten, daß es sich lediglich um einen einheitlichen Ausweis über bis heute hörigste zur Parteigemeinschaft handeln soll, um nichts mehr! Bedeutet man dies, dann kann nicht nur die Aufnahme der Orts- und Wahlkreis-, der Bezirks- und Landesstatuten,

sondern selbst das Organisationsstatut der Schiedsgericht und ihres Programms unterbleiben, die alle mehr oder minder fortlaufend Änderungen unterworfen sind und deshalb besser gesetzlich ausgetragen werden. So bleibt für die Belegungserlasse nur die Angabe der Personen in der Vollständigkeit, wie sie zu parteilichsten Zwecken für die Wahlergebnisse unserer Organisationen notwendig ist, und zweitens der Nachweis über die Beitragsleistungen und die Mitgliedschaft in den einzelnen Parteien. In diesem Sinne schreibe ich bereits vor zwei Jahren in einem im „Sangerhauser Echo“ über die Organisationsfrage veröffentlichten Artikel: „Eigenliche Schwierigkeiten bereitet der Einführung einheitlicher Parteilegittimationen gegenwärtig nur noch der Umstand, daß

falls Monats- und falls Wochenbeiträge erhoben werden, dann entsprechende technische Anordnung der Markensticker ließe sich aber auch dieses Hindernis beseitigen... Gleiche Höhe der Beiträge und gleicher Wert der Belegungserlaß ist dann absolut nicht erforderlich, nur gleiches Format der letzteren.“

Das Frankfurter Agitationskomitee hat daraufhin im Herbst 1905, als es sich für die 18 Wahlkreise des Bezirks um die Schaffung eines einheitlichen Mitgliedsbuches bemüht, dieser Anregung entsprechend gehandelt. Es wurde ein Mitgliedsbuch zur Einführung gebracht, das außer Umschlag und Titelblatt mit Personalien lediglich 10 Seiten Markensticker und 4 Seiten Ein- und Abmeldeurkunden enthält. Titelblatt, Markensticker und Reibeburkten repräsentieren sich seligmachen:

## Titelblatt

## Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

## Mitgliedsbuch

Gerrn	
Beruf	geb. am 18
zu	(Geburtsort) (ev. Reg. Reg. oder Kreis, Amt u.)
Staatsangehörigkeit	Familienzustand: ber. lebig
Eingetreten am 19. 8.	
Unterschrift von	
(Stempel)	(Unterschrift)

Das Titelblatt enthält neben den notwendigen Personalaugen auch das Datum des ersten Eintrittes in eine Parteiorganisation und den Eintrittsort.

Die Markensticker sind für Wochen- wie für Monatsmarken eingerichtet, so daß beide Markenarten abwechselnd nacheinander eingetragen werden, je nachdem an den einzelnen Orten Wochen- oder Monatsbeiträge erhoben werden. Die Größe der Markensticker ergibt sich von selbst aus der Tabelle des Gesamtmarkenwertes, für welches die Normalmasse von 12 und 8 Centimeter angenommen worden sind, die erfahrungsgemäß einem handlichen Mitgliedsbuchformat entsprechen. Die Markenfolge der Wochentypen ist durch Wochentypen so angeordnet, daß niemals in Reihen quer über das Buch, sondern stets im Bereich des einzelnen Monatsfeldes gelese werden muß. Die Reihenurkunden enthalten zugleich den Raum für die Mitglieds-

Markensticker Beitragsquittung pro 19						
1. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche	5. Woche	6. Woche	7. Woche
Januar	Februar	März				
8. Woche	4. Woche	7. Woche	8. Woche	11. Woche	12. Woche	13. Woche
14. Woche	15. Woche	18. Woche	19. Woche	22. Woche	23. Woche	
April	May	Juni				
16. Woche	17. Woche	20. Woche	21. Woche	24. Woche	25. Woche	26. Woche
27. Woche	28. Woche	31. Woche	32. Woche	35. Woche	36. Woche	
Juli	August	Septbr.				
29. Woche	30. Woche	33. Woche	34. Woche	37. Woche	38. Woche	39. Woche
40. Woche	41. Woche	44. Woche	45. Woche	48. Woche	49. Woche	
Oktober	November	Dezember				
42. Woche	43. Woche	46. Woche	47. Woche	50. Woche	51. Woche	52. Woche

nummer, unter welcher das Mitglied am Orte geführt worden ist; einheitliche Buchnummern für das Reich sind ja nicht möglich und auch nicht notwendig.

Diese Mitgliedsbücher hat gleichzeitig mit dem Frankfurter Agitationsbeirat auch der Agitationsbeirat Aspel zur Einführung gebracht. Da Frankfurt besonders stark von Parteigenossen aus Süddeutschen Bundesstaaten aufgesucht wird, verständigte sich das Frankfurter Agitationskomitee mit den Bezirks- resp. Landesorganisationen der Partei in diesen Staaten, das Buch gleichfalls einzuführen. So ist es denn auch weiter eingeführt worden im Gau Südböhmen, im Gau Nordböhmen und im Gau Pfalz, also in der gesamten bayerischen Landesorganisation, weiter in den Landesorganisationen Württemberg und Baden. Teils hat man dabei Statuten usw. beigeheftet, was, wenn es auch nicht unbedingt notwendig ist, andererseits aber auch der

Bruchbarkeit des Buches in anderen Bezirken und Orten absolv nicht schadet.

Für Süddeutschland ist die Frage der einheitlichen Parteilegittimation also bereits bis weit über die Mainlinie hinaus gelöst. Wenn sich die übrigen Landesorganisationen und Bezirksverbände gleichfalls anschließen, so kann die Frage in dieser Zeit auch für das ganze Reich gelöst sein.

Wir hätten höchstens dagegen Bedenken, daß man die Organisation- und Statutenbestimmungen aus den Büchern entfernt und besonders drückt. Solche Sonderheiten werden dann gewöhnlich achsellos beiseite legen. Das einheitliche Mitgliedsbuch ist aber auch dann möglich, wenn die verschiedenen Orte oder Landesstädte mit einzeln gebrückt werden.

## Aus aller Welt.

Unfall des Automobilunfalls des Kronprinzen wählte die Magdeburg. Bsp., die höchsten und allerhöchsten Herrschaften, doch „Ihr kostbares Leben nicht aufs Spiel zu legen“ und etwas sanfter zu fahren. Die Geschwindigkeit, die die Automobile, namentlich die des Kaisers und des Kronprinzen gewöhnlich hätten, seien für die Insassen doch sehr gefährlich, da das schnelle Fahren bei aller Einfachheit der Chauffeure und bei aller Zuverlässigkeit des Materials direkte und indirekte Gefahren in sich bergen. Diese Absichtung der doch viel mehr gefährdeten Passanten geht selbst der sonst hyperbolischen Bsp. Bsp. wider die Gutsmünn. Herzog bemerkte sie dazu: „Wenn die Insassen von Automobilen sich selbst durch allzu große Geschwindigkeit Gefahren aussehen, so ließe sich dagegen wenig einwenden, denn schließlich muß jeder selber wissen, wieviel ihm sein Leben wert ist. Da ja aber bei Automobilunfällen und bei dem schnellen Fahren dieser Kraftfahrzeuge außer der Gefährdung der Insassen auch noch das Leben von anderen Leuten in Gefahr kommt und eine Unvorstellbarkeit des Chauffeurs oder ein Wagnisfeld unendlich verhängnisvoll werden kann, ist in viele Passanten, so möchte wir der Warnung der Magdeburg. Bsp. hoch auch unsere Befürchtung: Außer dem allerhöchsten Leben durch allzu große Schnelligkeit nicht das Leben von zahlreichen friedlichen Bürgern aufs Spiel zu setzen, das ja dem Autorenschreiber der „Magdeburg. Bsp.“ nicht ganz so losbar wie das des Kaisers und Kronprinzen bliebt, das aber im Falle eines Unglücks in den Familien der Betroffenen doch in keinem gerade so hoch bewertet und dessen Verlust ebenso schmerzlich von den Angehörigen empfunden wird wie am Kaiserhof.“

Eine Kritik im Automobildrohschlagsgewerbe der Reichshauptstadt scheint sich allmählich vorzubereiten: von den gegenwärtig in Berlin fahrenden 700 Motordrohsäulen befinden sich schon nach dem „R. A.“ 400 Wagen unter dem Gerichtssiegel, und es steht zu befürchten, daß diese Zahl noch wachsen wird.

Verhaftung einer Gattenmörderin. Aus Münster-Ostern wird telegraphiert: Großes Aufsehen erregte hier die Verhaftung der Frau des Nordbahndienstmannen Kazmarschik, die auf Anfichten ihrer Mutter wiederholte und so auch dreizehn Tage den Verlust unterkommen hatte, ihre Gatten zu vergiften. Diesmal versuchte die Frau den Mord, indem sie ihrem Mannen Prophosphor in eine Speise gab. Anna Kazmarschik und ihre Mutter wurden verhaftet. Der unglaubliche Mord rührte mit dem Tode.

Die Furcht vor der Blatternkrankheit, die zurzeit in Wien grast, hat zur Folge, daß der Andrang, der alljährlich vor den Impfstationen in den verschiedensten Bezirken herrschte, geradezu enorm ist. Die Leute impfen den ganzen Tag über unablässigt. Es hat sich jedoch jetzt die Notwendigkeit ergeben, die Impfanstalten zu vermeiden. Die neuen Impfarzte können den ungeheuren Anforderungen nicht mehr entsprechen. Es erklärt sich daraus, daß in Österreich die offizielle Blattenerkrankung noch nicht gesetzlich eingeführt und daß daher der Provinzialsatz der Geimpften auch in Wien nur gering ist. Infolge des massenhaften Andrangs zu den Impfstationen in die Impfstationen zur Geworden. Die Nachfrage ist so kolossal, daß sie nicht Rechnung getragen werden kann.

Unterseite. Das Kind des Barbiere Rudolf in Nakaburo, das in einem Kübel stehenden Wassers gefallen war, konnte nach Ansicht der Arzte nur dadurch gerettet werden, daß ihm Haut von einem andern gefunden Menschen übertragen wurde. Die Mutter des Kindes unterzog sich nun in der chirurgischen Klinik in Niels dieser Operation. Sie ließ sich große Hautstücke abtrennen, die dem Kind aufgelegt wurden. Dieses befindet sich nun auch außer Gefahr, danach läuft das Befinden der vorherwilligen Mutter leider zu wünschen abrig.

Hunderttausend Mark für einen Postai. Nach Deutschland kommt nächstes Jahr ein Postai, der ein übliches Gehalt von 100,000 M. besitzt! Der Stall der Herren Lang Buchholz und Schmid und Felix Simon, für den dieser Postai, namens Johann Rieff, reiten soll, hat das Engagement soeben bestätigt. Trotzdem unser Hirschort an Preisen weit hinter dem englischen und französischen zurücksteht, muß er doch dieselben höheren Postalgehalte wie das Ausland bewilligen, wenn er einen Reiter haben will, der im internationalen Lager erste Klasse ist. Der Stall Weinberg war es, der die ersten großen Postalgehalte bezahlte. Van Dusen erhielt 25,000 M. O'Connor 40,000 und sein Nachfolger Sharp 60,000 Mark. Bei der großen Überlegenheit der Weinbergschen Postais würden sich die anderen Ställe gleichfalls nach bevorzugten Reitern umsehen, denn sie verloren infolge ihrer weniger guten Postais viele Kunden an den Weinbergschen Stall. — Der sogenannte Seibertische Stall hat sich nun zu einem großen Schritt entschlossen, er hat Johnny Rieff engagiert. Die Dotierung eines Gehaltes von 100,000 M. führt Rieff, angeblich einen der größten Reitkünstler aller Zeiten, nach Deutschland. Rieff ist Amerikaner.

Ein wissenschaftlicher Wilhelm Volgt. Aus Budapest melben die Leutungen, daß gegen den dortigen Arzt Dr. Stromann gelegentlich der Untersuchung wegen einer Strafanzeige beschuldigt wurde, das Stromann gar kein Doktoriplom besitzt. Er war in seiner Jugend Pächter und Schuhmacher aus Schmied und Lebendippler in Casablanca in Marocco, woher er eine Ausbildung als Feldarzt erhielt. In dieser Eigenschaft wirkte er später in Persien, wo er sich dem österreichischen Thronfolger auf seiner Weltreise als österreichischer Unterton vorstellte und vom Erzherzog auf die weitere Reise mitgenommen wurde. Er nahm dann am russisch-japanischen Krieg teil. In Budapest, wo der Belgrätzte schließlich überfiel, vertrichtete ihm ein Anerkennungsbrief des Kronprinzen, daß er promoviert, eine anerkannte Stellung in der österreichischen Welt. Er wurde sogar von Universität und professorieren an Konferenzen (Königlich Konferenzen) herangezogen und hat bei der königlichen Anwesenheit des Erzherzogs Franz Ferdinand in Budapest diesen auf dem Bahnhof besucht und wurde dann in der Burg in Budapest empfangen. — Den Ruhm des Hauptmanns von Köpenick wird der Doctor allerdings nicht erreichen.

Von Schlosssucht besessen. In Wien wurde in einem Wagon der städtischen Straßenbahnen an der Endstation ein ungeheure 16-jähriges Mädchen in einem Schloß auf der Bank sitzend aufgefunden. Man suchte es zu retten; doch das war vergnüglich Mühe, weshalb sich das Fahrspersonal entschloß, die Schlosserin aus dem Wagon zu heben und in den Wartebüro zu bringen. Die Leitungsfirma wurde benachrichtigt, daß auch der Straßenbahnpersonal möglicherweise weder in der Wartebüro noch auf der Haltestation, wohin man das Mädchen gebracht hatte, die Schlosserin zu sich zu bringen.

## Meldern und Mitgliedschafts-Nachweis.

Angemeldet (Nur bei Anmeldungen ausfüllen)	Abgemeldet (Nur bei Anmeldungen ausfüllen)
den — ten — 19	den — ten — 19
in:	von:
unter Buch-Nr. ■■■■■	mit der Buch-Nr. ■■■■■
Stempel.	Stempel.
Unterschrift	Unterschrift
den — ten — 19	den — ten — 19
in:	von:
unter Buch-Nr. ■■■■■	mit der Buch-Nr. ■■■■■
Stempel.	Stempel.
Unterschrift	Unterschrift
den — ten — 19	den — ten — 19
in:	von:
unter Buch-Nr. ■■■■■	mit der Buch-Nr. ■■■■■
Stempel.	Stempel.
Unterschrift	Unterschrift

Daher wurde sie schließlich ins Spital geworfen. Wer sie ist, weiß man noch nicht.

Selbstmord eines Hauptmannes. Wie aus Sarajevo mitgeteilt wird, erschoss sich dort der Hauptmann des 21. Infanterieregiments E. H., „ein wegen seines zärtlichen Wesens bei Bewegungen und Kommanden äußerst beliebter Offizier“. Die eigentliche Ursache des Selbstmordes ist die Unterstellung von 20000 Goldstückern in der Höhe von etwa tausend Kronen, die „offiziell“: Anfall von Geistesgeblöde.

Zu einer Schlägerei zwischen zwei bekannten Millionären New-York kam es in der letzten Sitzung des Directoiums der Illinois Centralbahn, denn die ersten Mitglieder der Finanzaristie anzuhören. In dieser Sitzung stellte sich „S. L.“ der absehende Präsident der Bahn, Stanhope-Webb einen gegen den jetzigen Präsidenten J. L. Horanen gerichteten Antrag, in welchem eine Unterstellung über den Einfluss der Eisenbahnkonkurrenz auf den Betrieb der Eisenbahn verlangt wurde. Präsident Horanen beantragte die Vertragung des Bauschlagers, die auch erfolgte. Erst beschuldigte Stanhope-Webb seinen Nachfolger, daß er ein Werkzeug der Garde war. Darauf entwirte sich Horanen mit dem Begriff „Eigner!“ Zener stürzte sich sofort auf seinen Gegner und schlug ihn unverzüglich auf ihn ein. Die Streitenden wurden von den Zuschauern an der Versammlung getrennt, und Präsident Horanen blieb überstellt von seinen Freunden nach seinem Wohnungsgebäude.

Kleine Chronik. Wie der „Münchener Zeitung“ berichtet, wurde eine Kritik des „Münchener Zeitung“ berichtet, die am 28. Juli 28 Zubehörteile vorgekommen. Von den Erklärenden sind zwei gestorben. — Die Böh. Bsp. „welch ein Trotz!“ Bei Görlitz wurde der Bahnmeister post von einem Güterzug überfahren und getötet. — Bei dem Bau von neuen Eiffel auf der Halberstädter Seite starb ein Kamianer aus Düsseldorf in die Tiefe und wurde sofort tot. — In Köln. Bsp. „welch ein Trotz!“ meldet aus Düsseldorf: Die Kriminalpolizei verhaftete einen hiesigen Beamten wegen unangreicher Beleidigung.

## Literatur.

„Die Pilger der Wildnis“, ein historischer Roman von Johannes Echter, wird in dem soeben begonnenen neuen Bande der illustrierten Wochenschrift „Zu freien Stunden“, von dem Heft 34 vorliegt, abgedruckt. Der Roman spielt in podestauf, seßhafem Welt, die nicht anderer Revolution, e nach Amerika, die bestimmte, das Leben auf der Königin von England zu vollstreuen. Der Roman wird vereitelt. Die Verhandlungen und Gefahren, denen die Pilgerin ausgesetzt waren, die Kämpfe mit den Indianern, aber auch Schilderungen der Natur und der historischen Ereignisse machen den Roman zu einem ebenso unterhaltsamen wie bedeutenden. Bereits enthalten die Heft eine Erzählung der schwedischen Schriftsteller Lagerlöf: „Eine Herrschaftsfrage“ und im Februar diesen Jahres einen alten, mittelalterlichen, belebenden oder interessanten Artikel und dieses, neue Wissen, Bsp. und Sachen. — „Die freien Stunden“ erscheint in 24 Seiten starken Heften. Die Geschichte nimmt jede Parteidiensthandlung, jeder Schriftsteller und jedes Vorstand untergeht.

# Anträge zum Parteitag in Essen.

## Organisation.

**19. Berlin I:** Der § 18 des Organisationsstatuts ist abzuändern, daß 1. auch die beiden Vorsitzer im Parteivorstand durch den Parteitag gewählt werden, und daß 2. niemand länger als zwei Jahre hintereinander Vorsitzer sein darf. Zu diesem Zweck sind im Absatz II des § 18 die Worte: „der Vorsitzende, des Kassierers und des Schriftführers“ zu ersetzen durch die Worte: „des Parteivorstandes“. Ferner ist der bisherige Absatz III des § 18 zu streichen und als neuer Absatz III an seine Stelle zu setzen: „Das Amt als Vorsitzer darf niemand länger als zwei Jahre hintereinander bekleiden.“

**20. Celle o. Bremen:** Im § 26 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist im ersten Absatz der Schluss „die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf“ zu streichen.

**21. Berlin I:** Der „Vorwärts“ ist in das Eigentum der Genossen von Groß-Berlin überzuführen und verleiht den Charakter als Zentralorgan der Partei. Dem Parteivorstand ist die Ermächtigung zu erteilen, in zwölflosen Blättern eine „Sozialdemokratische Korrespondenz“ herauszugeben, die an sämtliche Parteiblätter zu versenden und von diesen abzubrufen ist. Demgemäß sind im Organisationsstatut die §§ 25 und 26 zu streichen und an ihre Stelle zu setzen: „Der Parteivorstand gibt in zwölflosen Blättern die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ heraus, die nur an die Parteiblätter versendet wird und von ihnen zum Abschluß gebracht werden muß.“

**22. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis:** Den § 27 Absatz 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen, zwei der Vorsitzer wählt der Angeschuldigte, zwei die anzuftstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Vorsitzende angehört. Den Vorsitzenden und zwei weitere Vertreter bezeichnet der Parteivorstand. Wo die Möglichkeit gegeben ist, ist der Vorsitz einem hiesischen gebürteten Genossen zu übertragen.

**23. Bremerhaven:** § 27 Absatz 2 des Organisationsstatuts, die Worte „des Bezirksverbandes“ in „des Wahlkreises“ umzudichten.

**24. Sachsen-Anhalt:** Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei die Kreisorganisation. Dem Ausgeschlossenen steht das Recht der Berufung an den Parteivorstand, alsdann an die Kontrollkommission und in letzter Linie an den Parteitag zu.

**25. Bitterfelder Wahlkreis:** Der Parteivorstand möge mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine für die Gewerkschaften und Partei einheitliche Regelung der Ausschlußgründe und des Ausschlußverfahrens vereinbaren. Als letzte Instanz in Ausschlußfällen, bei denen ein Parteimitglied in Frage kommt, hat auf Verlangen des Ausschlußvorsitzenden, daß an die Generalversammlung der betreffenden Gewerkschaft zu richten ist, ein Schiedsgericht zu fungieren, das aus Mitgliedern der Gewerkschaft besteht, die zur Hälfte von dem Ausschlußstehenden, zur anderen Hälfte von Gewerkschaftsvertretern zu bestimmen sind. Als unparteiischer Vertreter fungiert ein Beauftragter des Parteivorstandes, der nicht der betreffenden Gewerkschaft angehört. So lange das Ausschlußverfahren nicht seinen endgültigen Abschluß gefunden hat und soviel es sich nicht um Straftat, Veruntreuung oder Sabotageverweigerung handelt, ist der Ausschlußende noch im Besitz seiner Rechte und Pflichten zu belassen.

**26. Stollberg in Sachsen:** In Bezug auf das Ergebnis der letzterlosen Reichstagswahl hat man die Wahrnehmung machen können, daß bereits der Volksorganisationsrat in den meisten Wahlkreisen noch viel zu männlichen Stilus bleibt. Selbst in solchen Kreisen, welche als sehr fortschritten gelten, findet man, daß die Mehrzahl der Orte noch einen Volksorganisationsrat entbehren. Einzelheiten befragten wir, daß der Parteitag beschließen wolle, der Parteileitung aufzugeben, das Rötig in die Wege zu leiten und eine Broschüre in Druck zu geben, welche darin geht, den Parteigenossen bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen als Leitfaden zu dienen.

**27. Osnabrück, Altenburg, Stralsund, Bremen, Gelsenkirchen, Magdeburg, Bremen, Hettlingen, Düsseldorf, Breslau, Emden, Bremen, Celle, IX. Hannoverscher Wahlkreis, Sorau-Nord und VIII. und IX. schleswig-holsteinischer Wahlkreis:** Einheitliche Mitgliedsbücher für alle Parteigemeinschaften Deutschlands einzuführen.

**28. Bant:** Einführung von einheitlichen Mitgliedsbüchern und Mitgliederbeiträgen für ganz Deutschland.

**29. Frankfurt a. M. und Bitterfelder Wahlkreis:** Der Parteivorstand wird beantragt, die Einführung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich nach dem Vorbild der vom Frankfurter Agitationskomitee herausgegebenen Mitgliedsbücher zu veranlassen.

**30. Saarbrücken:** Der Parteitag wolle beschließen, einheitliche Mitgliedsbücher und Geschäftsbücher über das ganze Reich einzuführen, welche vom Parteivorstand zum Erfüllungsbetriebe bezeugt werden können.

**31. Kassel:** Der Parteivorstand wird beantragt, die Ausgabe einheitlicher Mitgliedsbücher und die Einführung einer Einheitsmarke für das ganze Reich vorzubereiten und den nächsten Parteitag Vorlage zu machen.

## Partei-Angelegenheiten.

**Zum Parteitag in Essen.** Die Generalversammlung des Wahlkreisvereins Industrie-Gewerbe nahm am 25. August Stellung zum Parteitag. Es wurde u. a. beschlossen, folgende Anträge zum Parteitag zu unterbreiten:

„Der Parteitag möge beschließen: auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist die Sonderabstimmung zu setzen. Der zu bestellende Referent soll bei der Beschaffung des Materials für dieses Thema in erster Linie die östlichen Provinzen berücksichtigen.“

„In Anbetracht, daß der übermächtige Alkoholismus der Arbeiterklasse der Partei unter der proletarischen Bewegung großen Widerstand entgegensetzt, Körper und Geist zermürbt, die zum Alkoholismus so notwendige Energie des Arbeiters ruht, ist vor der Partei mehr wie bisher in Wort und Schrift der Alkoholmissbrauch zu bekämpfen. Vollständige Entalkoholisierung ist zu empfehlen, soll aber nicht als Bedingung der Zugänglichkeit zum Partei gelten.“

Der ostwestfälische Wahlkreisverein Ost-Westfalen beschloß eine Erhöhung der Beiträge für die Stadt Lüttich von 20 auf 25 Pf. monatlich. Den Mitgliedern auf dem Lande will man es frestellen, den niedrigeren oder höheren Beitrag zu zahlen.

Eine ungewöhnliche Entwicklung bei der Parteitagsbegleitung bei den Solinger Gewerkschaften erhalten. In dem Situationsantrag des Frankfurter Parteisekretärs Dittmann gegen den Redakteur Dittmar vom Solinger „Spartenblatt“ kam bekanntlich am 3. Juli vor dem Solinger „Spartenblatt“ ein Vergleich zu stande, nach dem sich D. verpflichtete, an e. häufigen Kosten eine Summe von 200 Pf. zu zahlen. Dieses Sündenblatt ist vom Redakteur Dittmann nunmehr gestrichen worden. So kann ein Kreisblatt Redakteure dazu veranlassen, wider Willen einmal Rache zu richten.

## Arbeiterbewegung.

**Zahlschwierigkeiten der Binnentreuerei.** Der Centralverband der Deutschen beweist über die ungünstigen Zustände

wegungen: Gescheikt wird im Koßbus, Priesels, Delmenhorst, Echtern, Geesthacht, Röderberg-Rüdersdorf, Peissenbach, Steindorf, Bensig in der Lahn, Nunastadt bei Darmstadt, Plaizing (Bayern), Duderstadt, Molsdorf, Saarbrücken, Mölln und Umgegend, St. Johann und Umgegend, Staatz, Brandenburg. Ausserdem haben sich in Adlershof, Alt-Schönlebe, Köpenick, Friedrichshagen, Celle, Wiesbaden, Boppard. — Die Binnentreuerei in Berlin auf allen haben sich in Binnentreuungen von 37—40 Pf. gestellt. Die Unternehmer haben bereits den höchsten Teil der Forderungen bewilligt. Der Streik in Münster ist beendet. — In Hanau ist der Streik gleichfalls beendet, die Binnentreuerei haben 1 Pf. Abherabdrückung erhalten.

Die Aussperzung in Flensburg ist durch den Abschluß eines Tarifvertrags beendet worden.

**Bläßlicher Monteurstreik in Hamburg.** In der Versammlung der Elektromontiere und Glassmontiere wurde am Mittwoch in geheimer Abstimmung mit 417 gegen 8 Stimmen die sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen, da die Unternehmer jede Unterhandlung mit dem deutschen Metallarbeiterverband ablehnen, und sich den Forderungen der Gesellen gegenüber ablehnend verhalten.

**Aussperzungsausbrohung in Dänemark.** In der außerordentlichen Generalversammlung der Arbeitgebervereinigung in Kopenhagen wurde in der Angelegenheit des seit vier Monaten dauernden Bäckereistreiks einstimmig beschlossen, den Bäckern zur Wiederaufnahme der Arbeit eine Frist von drei Tagen zu gewähren. Bei Nichtaufnahme der Arbeit innerhalb dieser Zeit soll eine Generalaussperzung für sämtliche der Arbeitgebervereinigung angehörenden Betriebe des Landes proklamiert werden.

**Die Hafenarbeiter von Kiel.** Die Hafenarbeiter hatten Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Der Arbeitgeberverband beschloß jedoch, die Hafenarbeiter so lange auszuholzen, bis sie nicht die Arbeit wieder aufgenommen hätten, und zu diesem Zweck neue Millionen zu bewilligen. Genaue der Haltung der Arbeitgeber beschlossen die Arbeiter, den Widerstand fortzuführen. Die Lage im Hafen ist erblick. Die Ladearbeiten werden zum Teil von ausländischen Arbeitern verrichtet. Die Gendarmerie ist verstellt.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. August

### Geschichtskalender.

30. August.

1748 Der Maler David, Mitglied des Meisters. — 1818 in Paris. — 1844 Der Geograph Friedrich Nezel in Karlsruhe.

\* **Arbeiterinnen sind fiktisch minderwertig.** Diesen Satz hat in einem Biblitstreite das Breslauer Oberlandesgericht aufgestellt, und das Reichsgericht hat ihn jetzt bestätigt. Es handelt sich dabei um folgenden Fall:

Die jetzt etwa 30 Jahre alte Klägerin des Rechtsstreites war mit dem unverheiratheten Kappelmeister, seihem Unterrichtsführer X. zu C. ein Verlobnis eingegangen. Im Herbst 1904 trat X. von dem Verlobnis zurück und heiratete später ein anderes heimstilles Mädchen. Die Klägerin, die ihrem Verlobten den Verlobungsbrief gesetzte hatte, verlor nun auf Grund des § 1300 BGB. einen Schadensverlust in Höhe von 5000 Mark. Das Landgericht verurteilte den Beklagten diesem Antrage gemäß. Auf seine Berufung hin hob das Oberlandesgericht Breslau das landgerichtliche Urteil auf und wies die Klägerin in Höhe von 4000 Mark ab, so daß die Verurteilung nur zur Abzahlung von 200 Mark bestehen blieb. Und zwar begründet als Oberlandesgericht die Entscheidung wie folgt:

„Für die Beweisfindung der Entschädigung seien die Verhältnisse des Mannes, wie der Brat, die gesellschaftliche Stellung, das Vermögen und die Einkünfte eines jeden Teiles zu berücksichtigen und zwar nach der Zeit in welcher der Anpruch entstanden sei, also nach der Zeit der Aufhebung des Verlobnisses.“

Da die Klägerin eine unverheirathete Schneiderin und die Tochter einer unverheiratheten Frauensperson sei, die sich jetzt durch den Betrieb eines kleinen Gemüsehandels erhöhre, so sei der Schaden, den sie durch Auflösung des Verlobnisses in ihrem guten Ruf erlitten, nicht hoch in Ansatz zu bringen.

In den Gewölbeunterkünften, denen die Klägerin anzuwohnen sei, werde der Erfahrung gemäß einem Mädchen daraus kein erheblicher Verlust gemacht, daß es sich in Einsartung der Geschlechting einem Manne gesellschaftlich hinzugebe.

Ebensofern seien die Heilsavaschinen der gegen 30 Jahre alten Klägerin erheblich verminderet. Mädchen ihres Standes heiraten häufig erst in höherem Lebensalter und auch der Umstand, daß sie zwei uneheliche Kinder habe, erscheine nicht als wesentliche Er schwerung, zumal für den Unterhalt dieser Kinder durch die vom Beklagten zu zahlenden Unterhalts-Renten ausreichend gesorgt sei.

Der Beklagte sei ans dem Unterrichtsführer herabgegangen und erst zur Zeit der Aufhebung des Verlobnisses in eine ihn über einen Stand hinausgehende gesellschaftliche Stellung und in ein Einkommen gelangt, das im für die Klägerin günstigsten Falle jährlich nicht 3320 Pf.

Übersteige. Im übrigen sei der Beklagte verhältnismäßig arm. Doch er nach der Behauptung der Klägerin jetzt ein besseres Einkommen habe, daß sein Vater und seine Ehefrau nicht unvermögend seien, sei bei Beweisfindung der Entschädigung nicht zu berücksichtigen. In Abetracht alles dessen leistet 1000 Pf. für die Klägerin eine angemessene billige Entschädigung.“

Die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil von der Klägerin eingelagerte Revision wurde vom Reichsgericht in der Hauptstelle vorgetragen, war bezüglich der Kosten wurde zu Gunsten der Klägerin diese für alle 3 Instanzen bis auf 50 Pf. entlastet.

Es wäre uns wichtig interessant, zu erfahren, woher die gelehrten Breslauer Oberrichter ihr Wissen darum genommen haben, daß Mädchen aus dem Arbeitervorstand häufig erst in höheren Jahren heiraten und daß die Existenz von ausgereiften Kindern bei ihnen kein wesentliches Gehindernis bildet. Umgekehrt liegt doch, wie allgemein bekannt, die Sache: gerade die Arbeiterrinnen pflegen meistens sehr jung zu heiraten, denn ihnen fehlt das Geld, um sich einen Mann kaufen zu können, wenn sie verblüht sind, wie die Tochter der wohlhabenden Klassen. Und was das Vorhandensein vorehelicher Kinder betrifft, so ist in Arbeitervorstufen allerdings eine bürgerliche Scheinmoral nicht in Sicht, die zwar dem Manne zugeschlagenen Geschlechtsgenuss gestattet, seine Opfer aber, die gefallenen Mädchen, und sogar jene Kinder der Liebe der gesellschaftlichen Achtung ausstiftet. Aber ein Arbeiter muß es sich, wenn er heiratet, sehr wohl überlegen, ob er imstande sein wird, neben seinen eigenen noch die in die Ehe gebrachten Kinder seiner Frau zu erhalten; denn daß von den läufigen Arbeiterinnen allein ein Kind nicht erhalten werden kann, das weiß jeder Arbeiter, der nicht mit geschlossenen Augen durch die Welt geht; Breslauer Oberrichter allerdings scheint es nicht zu wissen. Auf der gleichen Stufe wie die anderen Gedankengänge des Urteils steht auch die Feststellung, daß die Tochter einer „unberechlichteten Frauensperson“ und „unvermögenden Schneiderin“, die durch ihre Hände reichliches Wohl sich ernährt und der Gesellschaft nützt, keinen Anspruch stellen darf, wie ihre im Wohlsein stehende Elternschaft genügen, die beschuldigt ist.

Es braucht, weil vielleicht zufällig einer Prinzessin Leib in einem Schäfersländchen mit ihr gesegnet wurde.

Doch wir können den Breslauer Richtern persönlich aus diesem Urteil und seiner Begründung keinen Vorwurf machen. Sie haben nichts weiter getan, als daß sie aus dem Milieu und dem Bewußtsein der Klasse heraus entstehen, der sie angehören, und in der sie mit all ihrem Füchten, Denken und Handeln unbedingt verwurzeln. Uns aber muß es gestattet sein, das Urteil als das zu bezeichnen, was es ist und eben sein muß: als Klasseurteil.

\* **Wo ist der Handabdruck?** Herr Wienko hatte bekanntlich gegen Genossen Albert Strafantrag wegen Schuhmannsbeleidigung gestellt, weil A. in einer Versammlung in Sorgau den Handabdruck vom Sitzplatzeplätzchen einen „feigen Halunken“ genannt hatte. Das Schuhmannsbeleidigung ließ sich jedoch auf die Argumente des Polizeipräsidenten nicht ein, sondern sprach den „Sünden“ frei. Der Amts-

anwalt legte Berufung ein, zog sie aber alsbald als völlig aussichtslos wieder zurück.

Jetzt liegt uns das schriftliche Urteil vor. Es konkretisiert zunächst die Unzulässigkeit der Überwachung der Polizei und erklärt die Entlastungsabsichten Alberts (Führermann und Leuber-Dittersbach) für unzulässiger, die bestätigten, daß Albert nur von demjenigen Halunken gesprochen hat, der beim Bierwald die Hand abgeschlagen hätte.“ Wörtlich führt das Urteil alsdann fort:

„Hierin hat aber der Gerichtshof eine Beleidigung des ganzen Breslauer Polizei unschön erkennen können, als durchaus nicht gewiß ist, ob der fragliche Beamte zweitens bei dem Bierwald die Hand angehobt hat.“

Eine Bestrafung wegen Beleidigung des einzelnen Beamten aber konnte nicht erfolgen, weil der Strafantrag des Polizeipräsidenten zu Breslau bei Beleidigung eines Beamten, der in möglich der Breslauer Polizei nicht mehr eingesetzt werden kann.“

Eine Abschrift dieses Urteils ist dem Polizeipräsidenten vor längerer Zeit zugestellt worden. Herr Wienko hat aber bis heute auf die vom Gericht ausgesprochene Vermutung, daß er den Handabdruck entlassen oder verzeigt hätte, nicht geantwortet. Trifft aber die Vermutung des Freiburger Gerichts zu, dann muß doch Herr Wienko den Handabdruck kennen. Er wird also nicht umhin können, sich zu diesem gerichtlichen Erkenntnis amtlich zu äußern.

\* **Die Vorstadtversammlungen.** die in sehr verschiedenen Ortschaften oder Vorstädten gestern Abend abgehalten wurden und den Zweck hatten, dem Bildungsbedürfnisse unserer Genossen und Genossinnen zu dienen, waren insgesamt von etwa 1000 Personen, darunter wieder erfreulicherweise eine größere Zahl von Frauen, besucht. In allen Versammlungen wurde Gelegenheit genommen, das auf den 31. August fallenden Todestages unseres Vorläufers Ferdinand Lassalle zu gedenken. Im Ballhof, wo die Distrikte 8—10 (Oderort) tagten, trug der Gesangverein „Steinhort“ mehrere dem Zweck entsprechende Lieder stimmungsvoll vor. Um den Eintritt einer Toten-Gedächtnisfeier zu verstärken, streifte hier eine Zeitlang das Gaslicht, so daß der Saal nur durch eine Reihe von Stearinlampen gespenstisch erleuchtet wurde.

\* **Die Solchen werden nicht alle.** Ueber den Kautionschindel mit Angestellten haben wir schon zu wiederholten Male berichtet und davor gewarnt, auf Kreu und Glauben seine Sparsamkeit hinzu geben. Aber immer noch finden sich Leute, die ohne Überlegung und ohne Erklärungen einziehen, sich von gewissenlosen Arbeitgebern einzuladen lassen, die ersparten Geld vertraulich hingeben und dann aufzehren müssen, wie sie zu ihrem Gelde kommen. In der letzten Sitzung des Gewerbege richts standen zwei Streitfachen zur Verhandlung, die den Beweis lieferten, wie leichtzeitig manche Leute handeln. Kläger war in einem Falle ein Auschänker, in dem zweiten Falle die Erbin eines Auschänkers. Der Beklagte war der bekannte Stellenvermittler Wippermüller. Dieser Herr ist uns schon seit einer Reihe von Jahren bekannt, als er und seine Frau Besitzer von Schankwirtschaften waren. Auch da handelte es sich größtenteils um Paarungen, die den Angestellten abgenommen, aber nicht zurückerstattet worden waren. Da Herr Wippermüller eine Schankkonzession nicht erhält, sucht er Vertretungen, um solche zu bekommen. Er war aber bis noch Geschäftsführer eines Restaurants am Wachplatz. Er engagierte durch die Zeitung einen Auschänker, der eine Kautio zu leisten hatte. Da der Mann bares Geld nicht hatte, gab er ein Sparassenbuch seiner Frau lautend auf 1200 Mark her. Es wurde ihm ein Monatsgehalt von 150 Mark ausgesetzt. Nach etwa 3 Monaten wurde der Auschänker entlassen, das Sparassenbuch erhielt er aber nicht zurück. Das Buch bildete das Streitobjekt. Der Beklagte tat ganz erstaunt, daß er wegen Herausgabe des Buches verurteilt werde, er sei dabei ganz unschuldig. Der Kläger sei übergens gar nicht zur Klage legitimiert, denn das Buch gehörte ihm garnicht, sondern seiner Frau. Es sei ihm (dem Beklagten) nicht entgehendt worden, sondern dem Vertreter der Strohöher Brauerei Herrn Beyer. (Beyer ist schon längere Zeit tot.) Die Brauerei müsse der Kläger verlassen und nicht ihm. Der Auschänker behauptet ausschließlich, das Buch dem Beklagten ausgehändigt zu haben; vor der Uebergabe seien ihm und seiner Frau zwei Bettel zur Unterschrift vorgelegt worden, auf deren Inhalt der Kläger sich nicht mehr befreien könnte. Zu vermuten sei, daß Herr Wippermüller bei der Brauerei Schulden und dafür das Sparassenbuch als Unterlage oder Deckung gegeben hat. Eine Zeitung des Klägers an die Brauerei sei nicht erfolgt. Nun sieht der arme Mann da und will nicht was er anfangen soll, um zu seinem Eigentum zu kommen. Das Gewerbege richt befahl, den leitigen Vertreter der Brauerei zum Zeugen darüber zu vernehmen, aus welchem Grunde das Sparassenbuch zurückgehalten wird und womit es ausgehändigt worden ist. Termin zur Beweiserbringung war am 28. d. M. ange setzt. In diesem Termin glänzte Herr Wippermüller durch seine Abwesenheit und so wurde er zur Herausgabe verurteilt. Zu bemerkten ist, daß in der Verhandlung festgestellt wurde, daß W. im Jahre 1901 fehlerlos gepfändet worden ist, und den Offensandungsgeld geleistet hat. W. gab aber an, daß er zu jeder Zeit zahlungsfähig sei.

Das war der erste Streit, der zweite folgt sogleich. Nachdem der in



